

# Freundschaft

Zeitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans

## Zu einem humanen, demokratischen Sozialismus

(Programmerklärung des XXVIII. Parteitag der KPdSU)

Der XXVIII. Parteitag der KPdSU mißt der objektiven Einschätzung des laufenden Moments, der Festlegung der Grundlagen der Parteipolitik in der gegenwärtigen Etappe zwecks Überwindung der Krise in der Gesellschaft und in der Partei, ihrer Erneuerung und des Vorrückens zu einem humanen, demokratischen Sozialismus eine prinzipielle Bedeutung bei.

### I. Krise der Gesellschaft und strategische Ziele der Partei

#### Einschätzung des laufenden Moments

Die Umgestaltung leitete die demokratischen Wandlungen im Leben des Landes ein. Bei all der Widersprüchlichkeit der Prozesse der gesellschaftlichen Entwicklung vollzieht sich eine geistige und politische Befreiung des Volkes, die Menschen erlangen staatsbürgerliche und nationale Würde, sie nehmen die Angelegenheiten der Gesellschaft und des Staates in ihre Hände. Es werden die Mythen zerstört, die das Bewußtsein benebeln und den Zukunftsweg nicht erkennen lassen. Es werden die Barrieren beseitigt, die unser Land von der Außenwelt absperrten. Schritt für Schritt werden im harten Kampf zwischen Altem und Neuem die Voraussetzungen für den Austritt der Gesellschaft aus der Krise, in der sie sich befindet, geschaffen.

Der Parteitag ist der Ansicht, daß die Wurzeln der Krise nicht in der Unvollkommenheit der Idee des Sozialismus selbst, sondern in jenen Deformationen liegen, denen sie in der Vergangenheit unterworfen wurde. Die Verstaatlichung sämtlicher Seiten des gesellschaftlichen Lebens, die Diktatur, die von der parteistaatlichen Oberschicht im Namen des Proletariats ausgeübt wurde, ließen neue Formen der Entfremdung des Menschen dem Eigentum und der Macht aufkommen und führten zu Willkür und Gesetzlosigkeit. Die Natur wurde räuberisch ausgebeutet. Es herrschte Dogmatismus, der Unldsamkeit gegenüber Anderdenken hervorrief. Es wurde verächtliches Verhalten gegenüber den kulturhistorischen Werten und dem geistigen Reichtum der Völker gepflegt. Die Welt wurde als eine Arena der unversöhnlichen Konfrontation von gesellschaftlichen Systemen betrachtet.

Die Verzerrungen der Prinzipien des Sozialismus ließen schon in den 30er bis 50er Jahren komplizierte Probleme in der Entwicklung des Landes aufkommen, und in der zweiten Hälfte des XX. Jahrhunderts, als sich im Leben der gesamten Menschheit eine erste Wende, verbunden mit der wissenschaftlich-technischen Revolution, andeutete, offenbarte sich das Unvermögen des autoritär-bürokratischen Systems, das Land in die Bahn der Weltzivilisation einzuleiten.

Dennoch wurde die dringende Notwendigkeit radikaler Änderungen lange Zeit ignoriert. Die Lösung des herangereiften historischen Konflikts wurde durch die vom Volk losgelöste Struktur der Partei- und Staatsmacht künstlich gedrosselt.

Die Umgestaltung bedeutete eine entscheidende Wendung zur Politik der Erneuerung und Befreiung des Landes von den dem Sozialismus fremden Gesellschaftsformen. Aber sie offenbarte auch die außerordentliche Kompliziertheit der gleichzeitigen Umgestaltung sämtlicher Lebenssphären des riesigen Landes mit einer nahezu 300-Millionen-Bevölkerung. Außerdem erwiesen sich so manche Beschlüsse und Handlungen der Partei- und Landesführung in den letzten Jahren als unzureichend durchdacht, als inkonsequent und in einer Reihe von Fällen einfach als fehlerhaft. Negative Folgen hatten die Fehlkalkulationen in der Investitions-, in der Export- und Importpolitik, im Kampf gegen nichterarbeitete Einkünfte, bei der Durchführung der Antialkoholkampagne, die Verzerrungen bei der Organisation der Genossenschaftsbewegung.

Der frühere Wirtschaftsmechanismus wird demontiert, der neue ist jedoch noch nicht geschaffen. In einem ansehnlichen Maße ist die Kontrolle über den Geldumlauf und über die Markt-

situation eingebüßt worden. Maßlos verzögert wurde die Schaffung einer Rechtsbasis für die spruchreif gewordenen ökonomischen und politischen Wandlungen. Das Land fiebert vor zwischenstaatlichen Konflikten. Das Ansehen der Staatsmacht ist untergraben. Die geistigen und sittlichen Vorbilder verwischen sich, die Welle der Gewalt und Kriminalität schlägt höher. Bei der Annahme und Realisierung von Beschlüssen, bei der Reformierung der KPdSU trabten das Zentralkomitee und das Politbüro nicht selten den sich entwickelnden Ereignissen nach und handelten nach der Methode der Versuche und Fehler.

Die Partei durchlebte einen komplizierten Moment der Umwälzung. Der Verzicht auf die frühere Rolle des Kernstücks des weisungsgebundenen Leitungssystems, die Erwerbung des Charakters einer politischen Massenorganisation wird durch eine krankhafte Zuspitzung der Widersprüche, durch das Sinken der Aktivität zahlreicher Parteiorganisationen durch Polarisierung von Meinungen und Standpunkten, durch zunehmende Kritik an der Partei begleitet. Im Lande läuft ein rascher Prozeß der Herausbildung verschiedener gesellschaftspolitischer Gruppen und Bewegungen.

Es hat sich die konservativ-dogmatische Strömung aktiviert, deren Vertreter die Politik der Erneuerung als einen Anschlag auf die Prinzipien des Sozialismus bewerten und die Rückkehr zum autoritären Regime verfechten. Ihnen schließt sich objektiv jener Teil der bürokratischen Strukturen an, der unfähig ist, sich umzustellen, und in der Demokratisierung der Gesellschaft eine Gefahr für seinen politischen Einfluß und seinen sozialen Status sieht und daher auf jede mögliche Weise bemüht ist, den Prozeß der Wandlungen zu lähmen.

Es erstarben Bewegungen, die die sozialistische Orientierung ablehnen und sich für die ungeschränkte Übergabe des gesellschaftlichen Eigentums in private Hände, für eine vollständige Kommerzialisierung des Bildungswesens, des Gesundheitsschutzes, der Wissenschaft und Kultur einsetzen. Es meldeten sich monarchistisch und sogar faschistisch gestimmte Extremisten.

Zu einer auffallenden Erscheinung im gesellschaftspolitischen Leben des Landes wurden die sozialdemokratischen Bewegungen verschiedener Schattierungen.

Einen beträchtlichen Aufschwung erlebten die nationalen Bewegungen, in denen sich neben demokratischen Tendenzen immer aktiver chauvinistische und nationalistische Stimmungen offenbaren. Die einen Nationen anderen gegenüberstehend, separatistische Losungen und Losungen der „nationalen Ausschließlichkeit“ aufwerfend, dienen sie häufig als das Sprachrohr für die Interessen früherer oder neuer machtlüsterner antidemokratischer Gruppen.

In der Mitte der sich herausbildenden politischen Palette des Landes stehen die demokratischen Umgestaltungskräfte, orientiert auf die sozialistische Gesellschaftsentwicklung, die durch die meisten KPdSU-Mitglieder und zahlreiche Organisationen vertreten sind, die die politischen und Berufsinteressen der Arbeiterklasse, der Bauern, der Intelligenz, der Jugend, der Armeeangehörigen und der Veteranen zum Ausdruck bringen.

In der vom sozialen und wirtschaftlichen Chaos gefährdeten Periode der politischen Instabilität sieht die kommunistische Partei ihre Aufgabe darin, eine Partei des staatsbürgerlichen Einvernehmens zu werden, eine konstruktive Zusammenarbeit verschiedener an dem Austritt aus der Krise und an einer demokratischen Umgestaltung der Gesellschaft interessierten sozialpolitischen Kräfte zu gewährleisten, und all diejenigen zu konsolidieren, zu unterstützen und zu schützen, die durch ihre ehrliche Arbeit den Wohlstand und die geistigen Werte des Volkes schaffen, schufen und schaffen werden. Sie wirken den Kräften entgegen, die die Gesellschaft, zur bürgerlichen oder zur Kasernenordnung umkeh-

ren und ihr eine Anarchie sowie bürgerliche Konfrontation und Absonderung der Nationen und Völker aufzwingen möchten.

Als die Grundlage der gegenwärtigen Strategie der Bewegung zu einer prosperierenden und freien Gesellschaft und der Taktik des Austritts aus der Krise betrachtet der Parteitag den konsequenten Kurs auf die Erneuerung des gesellschaftlichen Systems im Rahmen der sozialistischen Option.

### Was für eine Gesellschaft wir anstreben

Das Wesen der Umgestaltungspolitik besteht im Übergang von der autoritär-bürokratischen Ordnung zur Gesellschaft des humanen, demokratischen Sozialismus. Das ist zwar ein mühevoller, jedoch der einzig richtige Weg zu einem würdevollen Leben, zur Realisierung des materiellen und geistigen Potentials des Landes.

Mit allem, was dem Sozialismus fremd ist, brechend, akzeptiert die KPdSU nicht die Negierung der Ideale des Oktober und das nihilistische Verhalten zu den revolutionären Errungenschaften des Sowjetvolkes. Bei der Vergangenheit unseres Landes muß man zwischen dem von Stalinismus und der Stagnationszeit hervorgerufenen Erscheinungen einerseits und den realen Errungenschaften der Völker der UdSSR andererseits genau unterscheiden. Die Partei schätzt gebührend die schöpferische Arbeit und Selbstaufopferung aller Generationen der Arbeiterklasse, Bauernschaft und Intelligenz sowie ihre aktive Bewegung zum Wohl des Vaterlands. Wir halten hoch in Ehren das Andenken an die Opfer, die das Volk in den Jahren härtester Prüfungen gebracht hat.

Die KPdSU tritt für das schöpferische Herangehen an die Theorie und Praxis des Sozialismus, für ihre Entwicklung auf den Wegen der konstruktiven Erfassung der historischen Erfahrungen des XX. Jahrhunderts, des von dogmatischer Deutung freien Erbes von Marx, Engels und Lenin ein. Wir erachten es für notwendig, die besten Errungenschaften des menschlichen Denkens, die in der Welt gesammelten Erfahrungen bei der effektiven Wirtschaftsführung, bei der Lösung sozialer Probleme und der Entwicklung von Institutionen der Demokratie zu nutzen.

Die KPdSU ist eine Partei der sozialen Option und der kommunistischen Perspektive. Wir betrachten diese Perspektive als eine natürliche historische Ausrichtung der Entwicklung der Zivilisation. Das gesellschaftliche Ideal der Partei nimmt die humanistischen Grundsätze der menschlichen Kultur und das ewige Streben nach einem besseren Leben und sozialer Gerechtigkeit in sich auf.

Laut unserer Auffassung ist der humane, demokratische Sozialismus eine Gesellschaft, in der: — das Ziel der gesellschaftlichen Entwicklung der Menschen ist; für ihn werden die der heutigen Zivilisation würdigen Lebens- und Arbeitsbedingungen geschaffen; wird die Entfremdung des Menschen von der politischen Macht und den von ihm geschaffenen materiellen und geistigen Werten überwunden und dessen aktive Einbeziehung in die gesellschaftlichen Prozesse gewährleistet;

— auf der Grundlage mannigfaltiger Formen des Eigentums und der Wirtschaftsführung die Verwandlung der Werktätigen in Herren der Produktion, eine starke Motivation der hochproduktiven Arbeit und bestmögliche Voraussetzungen für den Fortschritt der Produktivkräfte und rationelle Naturnutzung gewährleistet werden; soziale Gerechtigkeit und sozialer Schutz der Werktätigen garantiert wird.

— die einzige Quelle der Macht der souveränen Wille des Volkes ist; der unter Kontrolle der Gesellschaft stehende Staat den Schutz der Rechte und Freiheiten, der Ehre und der Würde des Menschen unabhängig von seiner sozialen Lage, seines Geschlechts und Alters, seiner nationalen Zugehörigkeit und Glaubensbekenntnis garantiert; ein freier Wettbewerb aller im Rahmen des

Gesetzes wirkenden gesellschaftspolitischen Kräfte verwirklicht wird.

Das ist eine Gesellschaft, die konsequent für die friedliche und gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen den Völkern und die Achtung der Rechte jedes Volkes, ihr Schicksal selbst zu bestimmen, eintritt.

### II. Programm des Handelns der KPdSU

Die Realisierung der Programmziele der KPdSU fordert die Verwirklichung sowohl dringender Antikrisenmaßnahmen als auch eine langfristige Politik zur allseitigen Umgestaltung der Gesellschaft. Die KPdSU wird diese Ziele durch politische Methoden, durch bewußte und koordinierte Handeln der Kommunisten, darunter auch der in den Sowjets Tätigen, und anderer Staatsorgane und Massenorganisationen anstreben, das Verfassungsrecht auf Gesetzesinitiative nutzend und das Vertrauen der Massen gewinnend.

#### Sofortmaßnahmen zum Austritt aus der Krise

Als dringende Maßnahmen rückt die Partei in den Vordergrund:

Erstens. Die Ausarbeitung eines neuen Vertrags über die Union der Republiken als souveräne Staaten in diesem Jahr, der auf strikter Freiwilligkeit, gegenseitigem Vorteil und auf der Freiheit der nationalen Selbstbestimmung beruht, der sowohl die spezifischen Besonderheiten und Belange der Republiken als auch die Interessen der ganzen Union berücksichtigt.

Zweitens. Auf dem sozialökonomischen Gebiet ist im Laufe von 1,5 bis 2 Jahren zu verwirklichen:

— die Normalisierung des Verbrauchermärkts, vor allem des Lebensmittelmarkts, durch eine raschere Umorientierung der Ökonomik auf den Konsummentektor, die allseitige Entwicklung der Unternehmerinitiative und den Importwarenaufkauf, beim Übergang zur freien Preisbildung die Erhaltung fester Preise für eine Reihe Waren des täglichen Bedarfs;

— die Stabilisierung des Geldumlaufs durch die Durchführung der Finanz- und Kreditreform, die Verbreitung von Aktien unter der Bevölkerung, den Ausverkauf überschüssiger Vorräte materieller Ressourcen, den Wohnraumverkauf, die Erhöhung der Einlagezinsen der Bevölkerung, die Unterbringung von Anleihen für den künftigen Warenverkauf und die Reduzierung des Staatshaushaltsdefizits auf ein Minimum;

— zusätzliche Finanzierung vordringlicher sozialökonomischer Aufgaben durch vernünftige Reduzierung der Verteidigungskosten, uneffektiver Investitionen und der Lohn- und Gehaltskosten für den Verwaltungsapparat bzw. durch die Reduzierung der Außenwirtschaftsbeziehungen;

— eine erhebliche Erweiterung des Umfangs des Wohnungsbaus durch den Unions-, den Republik- und den örtlichen Haushalt, die Betriebe, Kooperativen, die Ersparnisse der Bevölkerung und die Gewährung von Vorzugskrediten;

— die Ausarbeitung effektiver Maßnahmen zur Gesundheitskräftigung des Volkes, zusätzliche Finanzierungen für den Gesundheitsschutz und den Ressourceneinsatz der Betriebe und Wirtschaftsvereinigungen, Republik- und örtlichen Sowjets zu diesen Zwecken;

— die außerordentliche Hilfeleistung von ökologischen Naturkatastrophen betroffene Gebiete und die Gründung effektiver Hebel zur Stimulierung der Naturschutzaktivität;

— die Ausarbeitung von Maßnahmen zur Vorbereitung der erzwungenen Migration der Bevöl-

kerung, die Verabschiedung des sozialen Status für Flüchtlinge und die Leistung der für sie nötigen Hilfe.

Drittens. Die entschiedene Festigung der Disziplin und der Rechtsordnung, die Verstärkung des Kampfes gegen die Kriminalität und die Vorbeugung gegen Rechtsverletzungen. Die Ausnutzung aller vorhandenen Mittel — der wirtschaftlichen, politischen und juristischen — für den Kampf gegen die Schattenwirtschaft. Unverzügliche Verabschiedung von Gesetzen, die das Rechtsfundament für die Verwirklichung der Sofortmaßnahmen zum Austritt aus der Krise gewährleisten, und die Ausarbeitung der Mechanismen ihrer Realisierung.

#### Für Freiheit und Wohlstand des Menschen

Für die zentrale strategische Aufgabe ihrer Politik hält die Partei die Gewährleistung der würdigen Lebensbedingungen des Sowjetmenschen.

Die Bürgerrechte und -freiheiten. Die Partei tritt ein:

— für die Realisierung der Menschenrechte auf dem Niveau international anerkannter Normen;

— für das Ausschließen beliebiger Diskriminierung aus nationalen, politischen, religiösen, geschlechtsspezifischen und altersbedingten Gründen;

— für den zuverlässigen Gesetzgebungsschutz der Persönlichkeit und der Würde des Bürgers, der Unverletzlichkeit seiner Wohnung und seines Vermögens, der Freiheit der Berufswahl, der freien Bestimmung des Wohnorts, der Aus- und Einreise ins Land, des Brief- und Telefongehalts, der Rede-, Presse- und Informationsfreiheit;

— für die freie Selbstbestimmung des Menschen in seiner Weltanschauung und den geistigen Interessen, die Gewissensfreiheit;

— für die Erhöhung der Rolle des Gerichts und der gesellschaftlichen Organisationen beim Schutz der Bürgerrechte.

Die Arbeit und der Wohlstand. Die Grundlage des Wohlstandes der Gesellschaft und jedes Menschen ist die ehrliche Arbeit. Die Partei tritt ein:

— für die Gewährleistung des Rechts auf Arbeit, der gerechten Belohnung nach Endresultaten und ohne irgendwelche Begrenzungen; die Überwindung der Gleichmacherei, der Konsumtendenzideologie, die Ausrottung der gesetzwidrigen Einkommen und Privilegien;

— für die Formierung eines flexiblen und gegenwärtigen Systems der Berufsausbildung;

— für die gesunden und gefahrlosen Bedingungen auf dem Arbeitsplatz, die Verlängerung des Urlaubs gemäß dem Wachstum der Arbeitsproduktivität.

Die sozialen Garantien. Die Partei schlägt vor: — ein einheitliches Staats- und Gesellschaftssystem des sozialen Schutzes und der materiellen Unterstützung der minderversorgten und kinderreichen Familien zu bilden und zu erreichen, daß das Niveau ihrer Einkommen dank des Lohns, der Rente und der Unterstützungen nicht geringer als das Existenzminimum ist;

— einem jeden Menschen das sozial garantierte Niveau der Zuweisung von Wohnung, unentgeltlichen Bildung, ärztlichen Betreuung, anderen sozialen Gütern zu gewährleisten, gleichzeitig die Dienstleistungen gegen Entgelt zu entwickeln und einen Wohnungsmarkt zu bilden;

— die Verwirklichung der großen Sanierungs- und Vorbeugungsprogramme, die Zugänglichkeit und die hohe Qualität der medizinischen Hilfe der Bevölkerung aufgrund der gründlichen Verbesserung der materiell-technischen Basis des Gesundheitsschutzes und der Arzneiversorgung zu gewährleisten;

(Schluß S. 2)

## Zum neuen Statut der KPdSU

Das neue Statut der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, das vorige Woche auf dem XXVIII. Parteitag angenommen wurde, ist veröffentlicht. Vergleichen mit seinen Entwürfen, die im März und Juni bekanntgegeben wurden, weist dieses Dokument nach der Diskussion auf dem Parteitag erhebliche Veränderungen auf, ist demokratischer.

In der Präambel des Statuts wird unterstrichen, daß die Partei, alle ihre Organisationen im Rahmen der Verfassung der UdSSR, der Verfassungen der Unions- und Autonomen Republiken und der sowjetischen Gesetze handeln.

Die Parteiorganisationen, die eine Vermischung der Funktionen mit staatlichen und wirtschaftlichen Organen nicht zulassen, führen die politische Linie der Partei über die in ihnen arbeitenden Kommunisten durch.

„Die KPdSU kämpft für die politische Führung in der Gesellschaft bei freien Wahlen in die Sowjets der Volksdeputierten und über andere Formen der Willensäußerung sowjetischer Bürger“.

Das neue Statut unterscheidet sich vom alten vor allem durch die Betonung der Rolle der Parteigrundorganisationen. Über die Aufnahme in die KPdSU entscheidet laut dem neuen Statut die Versammlung der Partei, die Grundorganisation, wobei die Entscheidung als endgültig gilt. Früher mußten solche Entscheidungen vom Rayonkomitee der KPdSU gebilligt werden. Die Grundorganisation entscheidet selbständig darüber, ob für den Kandidaten eine Prüfzeit bis zu einem Jahr festgelegt werden soll oder die Bürgerschaft von zwei KPdSU-Mitgliedern erforderlich ist. Bisher wurde dies vom Statut geregelt. Wesentlich ist auch,

daß von nun an die Hälfte der Parteibeiträge für die Finanzierung der Grundorganisationen genutzt wird. Die maximale Beitragsgröße wurde auf zwei Prozent vom Einkommen reduziert.

Das Prinzip des demokratischen Zentralismus, das in der Diskussion vor dem Parteitag und auf dem Parteitag besonders umstritten war, wurde auch im neuen Statut beibehalten. In der Partei wird aber „die Freiheit der Meinungsäußerung, der Vergleich verschiedener Einsichten und Plattformen sowie offene Kritik und Selbstkritik gewährleistet“. Die Bildung von Fraktionen mit eigener innerer Disziplin wird in der KPdSU nicht zugelassen, was das Recht der Kommunisten nicht einschränkt, sich während der Diskussion auf Plattformen zu vereinigen.

Die KPdSU bleibt eine einheitliche Partei und keine Union

von Parteien. Zugleich „sind die Kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken selbständig“, sie erarbeiten eigene programmatische und Normativedokumente, entwickeln Beziehungen zu anderen, darunter auch mit ausländischen Parteien und gesellschaftlichen Bewegungen.

Die Parteilarbeit in den Streitkräften und den Organen des Komitees für Staatssicherheit wird über Grundparteiorganisationen und wählbare Parteilorgane gestaltet. Das höchste Parteilorgan der Streitkräfte ist laut dem neuen Statut eine Parteikonferenz der gesamten Streitkräfte, die ein Parteilkomitee wählt.

Das höchste Organ der KPdSU ist weiterhin der Parteitag. Auf dem Parteitag und nicht auf dem Plenum des ZK werden der Generalsekretär des ZK der KPdSU und dessen Stellvertreter gewählt, die die Arbeit des Politbüros bzw. des Sekretariats des ZK der KPdSU leiten. (TASS)

## Bestimmung über die Zentrale Kontrollkommission der KPdSU

Der Wortlaut der „Bestimmung über die Zentrale Kontrollkommission der KPdSU“, die vom XXVIII. Parteitag bestätigt worden war, ist veröffentlicht worden. Darin heißt es unter anderem, daß die Zentrale Kontrollkommission der Partei (ZKK der KPdSU) berufen ist, die Kontrolle über die Tätigkeit der zentralen Organe der KPdSU und ihr Apparat auszuüben. Sie ist völlig selbständig und nur dem Parteitag und der Konferenz der Parteirechenschaftspflichtig.

Unter den Funktionen der ZKK der KPdSU, die im Dokument festgehalten werden, gibt es neben der Kontrolle über Ausführung der Programmdokumente und des Statuts, der Beschlüsse von Parteitagen und Konferenzen auch solche, die in den Parteidokumenten früher nicht vorkamen. In der Bestimmung heißt es unter anderem, daß die ZKK der KPdSU die Kontrolle „über Befolgung von Humanität, Kollegialität, Glasnost und anderer demokratischer Prinzipien in der Tätigkeit des zentralen Apparats der KPdSU und seiner Exekutivorgane“ ausübt und „Maßnahmen gegen Bürokratis-

mus, Subjektivismus, Willkür in der Parteipolitik, Unterdrückung von Kritik und Übergreifung“ trifft. Sie schützt ferner „die Rechte des Kommunisten“, daß darauf auf, daß in den Parteiorganisationen und in den gewählten Parteitagen das Recht der Minderheit auf Verteidigung ihrer Positionen nicht geschmälert wird.“ In dem Dokument wird festgehalten, daß die ZKK der KPdSU ihre Arbeit öffentlich leistet, über ihre Aktivitäten die Parteiorganisationen systematisch informiert und die von ihr gefaßten Beschlüsse in der Par-

teipresse veröffentlicht. Die Bestimmung sieht auch einen Mechanismus für die Beilegung eventueller Meinungsdivergenzen zwischen dem ZK der KPdSU und der ZKK der KPdSU vor. Sie werden durch Beschlützungskommissionen, die auf paritätischer Grundlage gebildet werden, sowie auf gemeinsamen Plenartagungen des ZK der KPdSU und der ZKK der KPdSU oder auf gemeinsamen Sitzungen des Politbüros des ZK der KPdSU und des Präsidiums der ZKK der KPdSU beilegt. (TASS)



## Hochbetrieb auf den Grünfeldern Nordkasachstans

Sofort nach dem Abschluß der Aussaatkampagne begannen die Werktätigen der Landwirtschaft des Rayons Sowjetski, Gebiet Nordkasachstan, mit der Vorbereitung der Heuernte.

„Um eine sichere Futterbasis für die Viehwinterung zu schaffen, müssen wir in diesem Jahr nicht weniger als 30 000 Dezitonnen Heu bereitstellen“, erzählt der Chefagronom des Sowchos „Smirnowski“ Sabit Shanalinow. „Der gute Grasbestand gestattet mir, mit voller Gewißheit zu behaupten, daß wir mit dieser Aufgabe fertig werden. Alle Feldbauern des Sowchos haben mit der Heuerhebung schon begonnen. Zur Zeit sind daran 10 Mährescher, 7 Mähmaschinen, Heuauflieger, 17 Schlepperanhänger und andere Mähtechnik beteiligt.“ Immer mehr gewinnt die Heuernte auch im Sowchos „Put Iji-

tscha“ an Tempo. „Große Aufmerksamkeit wurde hier dem Aufbau der Futtergräser nach der Berieselungstechnologie geschenkt. Von solchen Heuschlägern erhalten die Futterbeschafter 20 bis 30 Dezitonnen Heu je Hektar. Viel Mühe geben sich die Futterbeschafter. Christian Merker, Alexander Mashut, Viktor Herdt, Johann Luft und andere.“

Hochorganisiert verläuft die Futterbeschaffung in der ersten Abteilung des Tschapajew-Sowchos. Hier haben sich die Futterbeschafter verpflichtet, nicht weniger als 10 000 Dezitonnen Heu bereitzustellen. Mit Überbietung der Tagesnormen arbeiten die Traktoristen Josef Schoch, Nikolaus Polz, Viktor Bachmann und Wladimir Nikitjuk. Sie erhalten bis 15 Dezitonnen Trockenheu je Hektar. Die Traktoristen Viktor

## Eine gute Ernte

Die Pächter im Krupskaja-Kolchos, Rayon und Gebiet Taldy-Kurgan, haben eine gute Ernte an Winterweizen geerntet. Nun haben sie organisiert mit der Mahd begonnen.

In diesem Jahr bringen die Pachtkollektive das Getreide erstmalig mit eigener Technik, die sie im Kolchos auf Kredit erworben haben, ein. Die Kombines und Lastkraftwagen sind zuverlässig auf den Einsatz vorbereitet worden. Das ermöglicht es den Getreidebauern, rasch, operativ und ohne Verluste das Erntegut unter Dach und Fach zu bringen.

Unser Bild: Der Pachtgruppenleiter M. Kadjew und der Kombineführer S. Sakowitsch. Foto: KasTAG

Stoll und Woldemar Folz befassen sich mit dem Abraspieren des Heus zum Futterhof, wo Alexander Braun und Johann Schuur es dann schobern.

In der dritten Abteilung des Technikum-Sowchos werden mehrjährige Futtergräser auf einer Gesamtfläche von 366 Hektar angebaut. 242 Hektar davon nach der Berieselungstechnologie. Zur Zeit ist hier das Gras schon von mehr als 250 Hektar abgemäht worden. Besonders hohe Heuerträge — 20 bis 23 Dezitonnen je Hektar — erhalten die Futterbeschafter von den berieselten Flächen.

Führend im sozialistischen Wettbewerb sind die Mechanisatoren Woldemar Spitz, Nikolai Ossipow, Alexander Oberzeller, Paul Weiß und Sergej Tschuprin. Die Futterbeschafter des Rayons Sowjetski geben sich viel Mühe, um die Viehwinterung gut abzusichern.

Vitali LUFT, Nikolaus IGLER, ehrenamtliche Korrespondenten der „Freundschaft“

Gebiet Nordkasachstan

# Zu einem humanen, demokratischen Sozialismus

(Schluß)

— große Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und des Alltagslebens der Frauen zu treffen, ihnen das Recht auf gekürzten Arbeitstag, Arbeit nach bequemem Arbeitsplan zu gewährleisten, die Dauer des Schwangerschaftsurlaubs und der Freistellung für die Pflege des Kindes, zusätzlichen Urlaub für die kinderreichen und alleinstehenden Mütter zu verlängern;

— die Zuweisungen für die Unterhaltung und die Entwicklung der Kindererziehenden zu vergrößern; das Defizit der Kinderwaren und der ökologisch reinen Lebensmittel zu überwinden; unaufschiebbare Maßnahmen zur Verbesserung der ärztlichen Betreuung der Kinder, zur Verringerung der Kindererkrankung und -sterblichkeit zu treffen; die staatliche Hilfe für Familien mit Kindern zu erweitern;

— die Gleichheit der sozialen Startmöglichkeiten der Jugend, Perspektiven ihres beruflichen, politischen und kulturellen Wachstums zu gewährleisten, Maßnahmen zur Hilfe für junge Familien auszubereiten;

— die Lage der Invaliden, der Veteranen, der Kämpfer-Internationalisten, der Familien der gefallenen Armeangehörigen, aller Betroffenen der Havarie auf dem Atomkraftwerk Tschernobyl und anderer Katastrophen zu verbessern; Sonderprogramme ihrer Versorgung mit Wohnungen, Waren und Dienstleistungen zu verwirklichen.

**Bildung, Wissenschaft und Kultur.** Die KPdSU hält für die prioritäre Richtung ihrer Politik die Entwicklung der Bildung, der Wissenschaft und der Kultur. Die Freiheit des Schaffens schützend, wird die Partei die höchsten humanistischen Werte verteidigen. Die Partei tritt gegen das Administrieren im geistigen Bereich und gegen die allgemeine Überführung der Kultur, der Kunst und der Bildung auf eine Grundlage mit reinem Erwerbscharakter auf. Die Partei wird sich einsetzen:

— für die höchstmögliche Festigung der materiell-technischen Basis der Bildung, der Wissenschaft und der Kultur, für die Vergrößerung der Haushaltszuweisungen, die Förderung verschiedener wissenschaftlicher Initiativen und Spenden im Interesse der geistigen Entwicklung der Bevölkerung, des breiten und des freien kulturellen und wissenschaftlichen Austausches mit dem Ausland, der Entwicklung der Körperkultur und des Sports;

— für die Ausarbeitung und die Annahme eines staatlichen Programms der Entwicklung des Systems der Volksbildung, der Erweiterung der Selbstständigkeit der Lehranstalten; für die Verbesserung der materiellen Lage der hier eingesetzten Mitarbeiter, die Hebung ihres sozialen Status und ihres sozialen Schutzes;

— für die Überwindung des in einer Reihe von Richtungen zugelassenen Rückstands des väterländischen Wissenschaft vom Weltniveau, die Vergrößerung der staatlichen Zuweisungen für die fundamentalen Forschungen; für die Erweiterung der staatlichen Programme der Entwicklung der Wissenschaft und Technik, der Nutzung der wissenschaftlichen Leistungen in der Produktion und im Gesellschaftsleben. Die Partei wird die Entwicklung der gegenwärtigen Strukturen und Organisationsformen der wissenschaftlichen Tätigkeit fördern und für die Ausrottung des Bürokratismus und der Spießhaftigkeit in der Wissenschaft kämpfen; zur Festigung der Experimentalbasis der Wissenschaft, der Entwicklung der Bibliotheken, Archive und der Informationstechnik beitragen;

— für die Gewährleistung der Zugänglichkeit der kulturellen Erbe der Völker der UdSSR, der allgemeinen ästhetischen Aufklärung, der Überwindung des kulturellen Zurückbleibens des Dorfes;

— für die Ausarbeitung und die Verabschiedung von Gesetzgebungsakten, die die Tätigkeit auf dem Gebiet der Bildung, der Wissenschaft, der Kultur und des Sports regeln.

**Für eine effektive Wirtschaft**

Die Schaffung einer sicheren Basis des sozialen Fortschrittes erfordert die Demokratisierung der wirtschaftlichen Beziehungen, die Befreiung der Initiative und Unternehmungslust der Menschen, die Einführung der Stimuli für eine hochproduktive Arbeit. Gerade darin besteht der Sinn des von der KPdSU vorgeschlagenen Programms der Umgestaltung des Wirtschaftssystems.

**Sein eigener Herr werden, den Arbeitseifer wiederherstellen.** Die Partei hält für notwendig, die Bedingungen für die Formierung und Entwicklung von vielfältigen und gleichberechtigten Eigentumsformen, deren Integration und freie Konkurrenz zu schaffen:

— das Staatsigentum (Unions-, Republik-, Gemeindegut) ist aus dem staatlich-bürokratischen Eigentum in gesellschaftliches, das direkt von den Werktätigen auf Grund der existierenden Gesetzgebung geleitet wird, umzugestalten; die werktätigen Kollektive müssen das Recht bekommen, staatliche Betriebe und Staats-eigentum zu pachten, Industrie- und Handelsobjekte sowie Objekte des Dienstleistungsbereichs zu erwerben; Die aktiengebundene Organisationsform der Betriebe ist anzuwenden;

— vielfältige Arten von Genossenschaftseigentum, von Eigentum der gesellschaftlichen Organisationen sowie auch gemischte Formen von Eigentum sind zu entwickeln;

— im System der Eigentumsformen muß auch das erarbeitete Privatigentum, das zur Erhöhung des Lebensstandards des Volkes beitragen kann, seinen Platz einnehmen.

Die KPdSU ist gegen die totale Denationalisation, gegen das Aufzwingen irgendwelcher Eigentumsformen.

**Zum regulierbaren Markt.** Die Marktwirtschaft ist die Alternative zum historisch überholten administrativen Welsungssystem der Leitung der Volkswirtschaft. Die KPdSU tritt für einen stufenweisen Übergang zum Markt ein und hält es für notwendig:

— die Ausarbeitung der gesetzgebenden und Rechtsnormen und Mechanismen, die den Übergang zur Marktwirtschaft gewährleisten, zu beschleunigen;

— den Betrieben, allen Warenproduzenten unabhängig von den Eigentumsformen die Selbstständigkeit, die Unternehmungsfreiheit zu gewährleisten und zur Entwicklung der gesunden, ehrlichen Rivalität unter ihnen beizutragen; die Funktionen der staatlichen Leitung von der unmittelbaren wirtschaftlichen Tätigkeit zu trennen;

— die Demonopolisierung der Produktion des Bank- und Versicherungswesens sowie des Handels und der wissenschaftlichen Vorhaben zu verwirklichen; dem Netz der kleinen und mittleren Betriebe Hilfe zu leisten;

— die staatlichen regulierbaren Marktbeziehungen für den Schutz der sozialen Rechte der Bürger, für die Durchführung der großen Strukturveränderungen der Volkswirtschaft, für

die technisch-wissenschaftlichen und ökologischen Programme, für die Interessen des Landes in der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit einzusetzen. Die staatliche Leitung des Verkehrswesens, Fernmeldewesens, der Energiewirtschaft und der Betriebe der Verteidigungsindustrie im Rahmen des einheitlichen Marktes auf Grund der wirtschaftlichen Rechnungsführung und der Selbstverwaltung der Arbeiterkollektive ist zu erhalten;

— im Planungssystem zur Ausarbeitung der strategischen Perspektive der wirtschaftlichen Entwicklung und der staatlichen Programme zur indirekten Regelung der Wirtschaft durch die staatlichen Aufträge, durch die Preis-, Amortisations-, Zolllpolitik, Steuern, Kreditzinsen usw. überzugehen;

— den Übergang zur Konvertierbarkeit des Rubels und die Öffnung der Wirtschaft für den Weltmarkt zu gewährleisten, günstige Bedingungen für die internationale wirtschaftliche Tätigkeit der Betriebe, für das ausländische Kapital, gute Verwertungsbedingungen mit dem Ziel des schnellstmöglichen Einsatzes modernster Technologien und der Sättigung des Binnenmarktes zu schaffen.

**Der Markt und die Schutzmechanismen.** In Betracht ziehend, daß der Übergang zum Markt kein Selbstzweck, sondern Mittel für die Lösung der sozialen Probleme ist, und die möglichen negativen Folgen dieses Überganges berücksichtigt, schlägt die KPdSU vor:

— die Verluste der Bevölkerung, die im Zusammenhang mit der Revision der Einzelhandelspreise von Waren und Dienstleistungen zu kompensieren; ein flexibles System des Indexes des Lohninkommens der Bevölkerung im Zusammenhang mit der Steigerung der Einzelhandelspreise einzuführen;

— einen wirksamen Mechanismus der Unterstützung des Beschäftigungsgrades, der Arbeitsvermittlung und Berufsumprofilierung zu schaffen; die Unterstützung für die Dauer der zeitweiligen Nichtbeschäftigung, Umschulung und Umqualifizierung einzuführen;

— die gesellschaftliche und staatliche Kontrolle der Einhaltung der Gesetze, die die Marktbeziehungen regeln, zu gewährleisten.

**Die Agrarpolitik.** Darin geht die Partei aus folgenden Prinzipien aus:

— Verteidigung des Verfügungsbefugnisses der Sowjets der Volksdeputierten auf Grund und Boden, der Besitz- und Nutzungsrechte der staatlichen, kollektiven und individuellen Wirtschaften;

— Gewährleistung der Äquivalenz in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Stadt und Dorf;

— die Ausschließung eines jeglichen Diktats und des Herumadministrierens im landwirtschaftlichen Bereich, die Orientierung auf die freie Wahl der Bauern; die Gewährleistung der gleichen Möglichkeiten für die Entwicklung sowohl der gesellschaftlichen — Kolchos- und Sowchoswirtschaften — als auch der sich auf neue durchsetzenden individuellen, Familien- und Pachtwirtschaften;

— die Priorität in dieser Entwicklung hat die materialtechnische Basis des Agrar-Industrie-Komplexes in Übereinstimmung aller Wirtschaftsformen;

— die Gewährleistung der Möglichkeit für die Bevölkerung des Dorfes und für diejenigen, die auf dem Lande leben und arbeiten wollen, sich Einzelhame und Gehöfte anzuschaffen;

— die Beschleunigung der sozialen und kulturellen Entwicklung des Dorfes, die Arbeit auf dem Lande muß sozial attraktiv und wirtschaftlich effektiv werden.

**Zur wahren Volksmacht**

Die bürgerliche Gesellschaft und der Rechtsstaat. Die Partei tritt konsequent ein:

— für die Formierung einer staatsbürgerlichen Gesellschaft, in der nicht der Mensch um des Staates willen, sondern der Staat um des Menschen willen existiert; sämtliche soziale Gruppen und Gemeinschaften verfügen über das durch das Gesetz garantierte Recht sowie über die praktische Möglichkeit, ihre Interessen zum Ausdruck zu bringen und zu verteidigen;

— für die Festigung des Rechtsstaates, in dem die Diktatur irgendeiner Klasse, Partei, Gruppierung und der leitenden Bürokratie ausgeschlossen ist und sämtlichen Bürgern der Zutritt zur Beteiligung an Staats- und Gesellschaftsangelegenheiten, zum Besetzen beliebiger Posten gewährleistet wird; der Staat und die Bürger sind durch gegenseitige Verantwortung unter bedingungsloser Vorherrschaft des demokratisch verabschiedeten Gesetzes und der Gleichheit aller vor dem Gesetz verbunden;

— für das freie Wettstreiten der politischen Massenorganisationen im Rahmen der Verfassung;

— für die Realisierung der Prinzipien des allgemeinen, direkten und gleichen Wahlrechts.

Wir fassen die Demokratie sowohl als Rechte und Freiheiten als auch als die organisch mit ihnen verbundene zivile Verantwortung und strikte Befolgung der Gesetze und Selbstkontrolle auf.

**Die Einteilung der Macht in gesetzgebende, vollziehende und rechtsprechende** schafft Garantien gegen die Usurpierung uneingeschränkter Vollmachten, den Machtmißbrauch und ermöglicht es, deren Kompetenz- und Verantwortungsbereiche exakt auseinanderzuhalten. Die Partei tritt ein:

— für einen demokratischen und offenen Charakter des Gesetzgebungsverfahrens; für die Vollkommenheit der normenschoferischen und Kontrollfunktionen der Sowjets aller Ebenen, für die Bildung ihrer zuverlässigen Finanz- und Materialbasis;

— für jährliche Rechenschaftslegungen über die Tätigkeit der Exekutiv- und Verfügungsorgane vor den Sowjets; für die öffentliche Kontrolle der Tätigkeit der Vollzugsmacht im Rahmen des Gesetzes;

— für die Unabhängigkeit des Gerichts und der Staatsanwaltschaft, für die Hebung ihres Status in der Gesellschaft, für die Vervollkommnung der Prozeßgesetzgebung, für strikte Einhaltung der Unschuldsvermutung, der Normen der Rechtspflege und des Rechts auf Verteidigung; für ein effektives Arbeitsbesserungssystem; für die Aufhebung von Akten über unbegründeten Entzug der sowjetischen Staatsangehörigkeit;

— für die Schaffung eines dynamischen, modernen Staatsapparats auf Wettbewerbsgrundlage, der im Rahmen des Gesetzes unter Kontrolle von Repräsentativorganen und der Öffentlichkeit stehen würde.

**Sicherheit des Landes**

Solange die Gefahr bewaffneter Konflikte besteht, braucht das Land eine zuverlässige Verteidigung. Die Partei erachtet für notwendig:

— eine Militärreform auf der Grundlage der neuen Verteidigungsdoktrin und des Prinzips der vernünftigen Suffizienz, auf der Priorität der Qualitätskennziffern im Militärbauwesen durchzuführen;

— die prinzipiellen Fragen der Verteidigung und Sicherheit des Landes, des Aufbaus, der Ausbildung und des Einsatzes der Streitkräfte

in ausschließlicher Kompetenz der UdSSR beizubehalten;

— die soziale Geborgenheit (einschließlich der Versicherung des Lebens und der Gesundheit der Armeangehörigen) und die Verbesserung der Lebensbedingungen der Armeangehörigen und ihrer Familien zu heben;

— die Armee strikt bestimmungsgemäß, in voller Übereinstimmung mit der Gesetzgebung einzusetzen;

— den Verteidigungsbereich effektiv politisch zu leiten und die Kontrollierbarkeit der Militärbehörde durch die höchsten Machtorgane bei maximaler Offenheit ihrer Tätigkeit unter Berücksichtigung des erreichten Vertrauensniveaus zwischen den Staaten zu sichern;

— den ideologischen Einfluß der KPdSU auf den Personalbestand über die Parteiorganisationen und Kommunisten in den Streitkräften zu verstärken;

— das staatliche Konversionsprogramm und die Ausnutzung der freigestellten Kapazitäten in der Zivilproduktion mit Gewährleistung des sozialen Schutzes der Mitarbeiter zu realisieren.

Unter den Gegenwartsbedingungen ein lebenswichtiges Institut des Schutzes der verfassungsmäßigen Ordnung, der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung darstellend, müssen die Organe des Inneren und der Staatssicherheit strikt im Rahmen des Gesetzes und unter Kontrolle der repräsentativen Machtorgane handeln. Es gilt, das Niveau der beruflichen Ausbildung sowie die materielle Versorgung der Mitarbeiter der Rechtsschutzorgane zu heben.

**Zur erneuerten Union der souveränen Republiken**

**Für die freiwillige Union der Völker.** Die KPdSU ist der Ansicht, daß die Entwicklung der Zentrifugaltendenzen nur auf Grundlage der Demokratisierung der gegenseitigen Beziehungen zwischen den Völkern und der national-staatlichen Gebilden der UdSSR, der erfolgreichen Entwicklung der Wirtschaft aller Regionen und des einheitlichen Unionsmarktes verhindert werden kann. Die Partei geht aus der Anerkennung des Rechtes der Nation auf Selbstbestimmung, bis zur Abtrennung aus, vermischt aber das Recht auf Austritt aus der UdSSR mit der Zweckmäßigkeit so eines Austritts nicht. Sie ist der Ansicht, daß, ausgehend aus den Interessen der Völker selbst und der Tendenz der Weltprozesse zur Integration, es wichtig ist, die Ganzheit der erneuerten Union als dynamischer multinationaler Staat zu erhalten. Die KPdSU setzt sich für die Freundschaft und internationale Einheit aller Nationen und Völkerschaften des Landes ein.

Die Partei wird die Linie auf die Festigung der Souveränität der Unionsrepubliken durchführen. Sie schlägt mehrere politische und juristische Varianten der Beziehungen der Republiken zueinander und zur Union im allgemeinen, die Vielfältigkeit ihrer wirtschaftlichen gegenseitigen Beziehungen auf der Grundlage der wirtschaftlichen Selbstständigkeit der Betriebe vor.

Die KPdSU ist für die Hebung des Verfassungstatuts, die Erweiterung der Rechte der autonomen Republiken, der autonomen Gebiete und Bezirke.

Die Partei hält für notwendig, günstige Bedingungen für die Entwicklung aller Nationen und Völkerschaften zu gewährleisten:

— die Rechtsgarantien für nationale Kultur-gemeinschaften, die keinen administrativ-territorialen Status besitzen, zu fertigen und ihnen das Recht zu gewähren, den Staatsmachorgane der UdSSR und den Republiken Gesetzentwürfe vorzulegen und in ihnen eine Verbreitungsquote zu haben;

— Sofortmaßnahmen wirtschaftlichen, Rechts- und ökologischen Charakters zu treffen, die der Erhaltung der Umwelt und der Reproduktion der Bedingungen beitragen würden, die die normale Entwicklung der nicht zahlreichen Völker gewährleisten;

— das Recht der in der Vergangenheit deportierten Völker auf die historische Heimat oder die traditionellen Wohnorte sowie das Recht der Bürger, in die historische Heimat aus dem Ausland zurückzukehren, zu bekräftigen.

**Die Rechte des Menschen und die Rechte der Nationen.** Die KPdSU tritt ein:

— für die Erweiterung der Rechte der Nationen bei der Anerkennung der Priorität, der strikten und bedingungslosen Gewährleistung der Rechte eines jeden Menschen;

— gegen die Existenz irgendwelcher Rechtsnormen und Gesetze, die die Gleichberechtigung der Bürger auf Grund ihrer nationalen Zugehörigkeit beeinträchtigen, für die vollständige Freiheit der Wahl bei der individuellen nationalen Selbstbestimmung;

— für die Achtung der kulturellen Traditionen und Interessen aller ethnologischen Gruppen der Bevölkerung bei der Verabschiedung der Rechtsnormen und Gesetze der Republiken.

**Zur friedlichen Entwicklung der Menschheit**

Die Partei ist der Ansicht, daß die außenpolitische Strategie der UdSSR von den Ideen des Friedens, der Zusammenarbeit, des Zusammenwirkens, des Fortschritts und Humanismus ausgehen, die Prozesse unserer inneren Umgestaltung größtmöglich fördern und die internationale Stabilität absichern muß.

**Orientierungspunkte der Außenpolitik.** Um die allgemeine Sicherheit zu festigen, tritt die Partei ein:

— für eine energische Fortsetzung der erfolgreich begonnenen Entmilitarisierung der internationalen Beziehungen; für den Rüstungsabbau, und die Reduzierung der Streitkräfte bis auf das Volumen der vernünftigen Verteidigungslänglichkeit; für den vollständigen Ausschluß der Gewaltanwendung und der Bedrohung damit aus der Weltpraxis; für weitere Verringerung und daraufhin auch endgültige Überwindung der militärischen Konfrontation;

— für die Schaffung einer globalen und regionaler Strukturen der Sicherheit auf der Grundlage einer Interessenbilanz sämtlicher Seiten zur Verhütung von Konflikten und internationaler Instabilität;

— für die Untermauerung der Beziehungen zwischen den Staaten durch eine Rechtsbasis, die die Freiheit der sozialpolitischen Wahl, die Souveränität und Unabhängigkeit, den Ausbau der Zusammenarbeit und Partnerschaft mit allen Ländern der Welt garantiert;

— für die weitere Normalisierung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen und deren Umleitung in die Bahn konstruktiver Partnerschaft; für initiativvolle Beteiligung am gesamten europäischen Prozeß und die Überwindung der historischen Spaltung Europas; für die Entwicklung neuer Formen der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Ländern Osteuropas; für die größtmögliche Festigung der positiven Tendenzen in den Beziehun-

gen mit der VRCh; für die aktive Politik in der asiatisch-pazifischen Region zwecks deren Verwandlung in eine Zone des Friedens und der Zusammenarbeit; für die Beteiligung an der politischen Regelung regionaler Konflikte, für das Zusammenwirken mit der Bewegung der Nicht-paktgebundenheit, Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern.

**Zur höheren Qualität der internationalen Zusammenarbeit.** Die Partei betrachtet für lebenswichtig die Verknüpfung der Anstrengungen sämtlicher Mitarbeiter der internationalen Gesellschaft bei der Lösung der vor der Menschheit stehenden allgemeinen Probleme.

Sie tritt ein:

— für aktive gemeinsame Handlungen zur Sanierung des natürlichen Milieus und zur Abwendung einer ökologischen Katastrophe;

— für die Teilnahme unseres Landes an den Bemühungen der internationalen Gemeinschaft zur Überwindung von Hunger, Armut, massenhaften Epidemien, schweren Erkrankungen, Rauschgiftsucht, internationalen Terrorismus, Krisendisproportionen in der Entwicklung verschiedener Teile der Welt;

— für den intensiven Ausbau der weltwirtschaftlichen Beziehungen, Beseitigung von Hindernissen für wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Austausch, Entwicklung von Kontakten auf humanitärer Gebiet;

— für Zusammenwirken und Zusammenarbeit mit sämtlichen internationalen Organisationen von Regions- und Globaldimensionen, die den Standpunkt der historischen Verantwortung für die Zukunft der Menschheit vertreten.

Die KPdSU tritt für die Überwindung der historischen Spaltung in der Arbeiterbewegung, für den Ausbau der Zusammenarbeit mit den kommunistischen, sozialistischen, sozialdemokratischen und nationaldemokratischen Parteien, mit allen Organisationen und Bewegungen ein, die die Positionen des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts behaupten.

**Die Erneuerung der Partei**

Die Partei, die viele Jahre der Kern des administrativen Kommandosystems war, wurde selbst einer ernstlichen Deformation unterzogen. Die Überzentralisierung, die Unterdrückung des kritischen Denkens beeinträchtigte unheimlich die innerparteilichen Beziehungen. Einen großen Schaden verursachten die ideologische und moralische Entartung einer Reihe von Parteilaktern.

Der Parteitag stellt fest, daß die KPdSU als regierende Partei politische und moralische Verantwortung für die im Land entstandene Situation trägt. Sie hat selbst ihre bei der Partei- und Staatsführung des Landes begangenen Fehler offen bekannt und die Verbrechen des Stalinismus und die großen Verletzungen der Menschenrechte verurteilt. Der Parteitag setzt sich entschieden gegen die unbegründeten Beschuldigungen der ehrlichen Kommunisten der früheren sowie der heutigen Generationen ein. Millionen von Kommunisten dienten selbstlos dem Volk, arbeiteten aufopferungsvoll und kämpften mutig für die Freiheit und Unabhängigkeit der Heimat. In der KPdSU agierten schon immer fortschrittliche Kräfte, und gerade sie aktivierten und leiteten die Umgestaltung der Gesellschaft.

Die KPdSU lehnt entschieden den politischen und ideologischen Monopolismus, die Unterschlebung der Organe der Staats- und Wirtschaftsleitung ab. Die Dynamik der Wandlungen diktiert die Beschleunigung der Verwandlung der KPdSU in eine wahre politische Partei, die die Grundinteressen der Arbeiterklasse, der Bauernschaft, Intelligenz vertritt, schützt und im Rahmen des Zivilstaates agiert.

**Die Rolle der Partei in der Gesellschaft**

Die KPdSU wird zu einer politischen Organisation, die durch ihre praktische Tätigkeit und ihr konstruktives Herangehen an die Lösung des Problems der Entwicklung der Gesellschaft um das Recht auf politische Führung im freien Wettbewerb mit anderen gesellschaftspolitischen Kräften ringen wird.

Die Partei übt folgende Funktionen aus:

**Theoretische.** Auf der Grundlage der wissenschaftlichen Analyse der objektiven Tendenzen der Entwicklung der Gesellschaft, der theoretischen Bewertung ihrer Perspektiven, der Ermittlung und Erfassung der Interessen verschiedener sozialer Gruppen arbeitet sie die Strategie und Taktik der sozialistischen Erneuerung, sozialökonomische, politische und andere Programme aus.

**Ideologische.** Die Partei verteidigt ihre Weltanschauung und moralischen Werte, propagiert ihre Programmziele und ihre Politik, gewinnt die Bürger für die KPdSU.

**Politische.** Die Partei arbeitet tagtäglich unter den Massen, in Arbeitskollektiven, regelt das Zusammenwirken mit Massenorganisationen und Bewegungen, kämpft bei den Wahlen für die Mandate in den Machtorganen aller Ebenen und bildet, falls sie siegt, die entsprechenden Vollzugsorgane, betreibt Parlamentarität und verwirklicht ihr Wahlprogramm.

**Organisatorische.** Die KPdSU führt Organisationsarbeit zur Realisierung ihrer Programmrichtlinien und -beschlüsse durch. In ihrer Kaderarbeit verzichtet die KPdSU auf Formalismus und Nomenklaturherangehen. Die Vollmachten zur Annahme von Kaderbeschlüssen in den Organen der Staatsmacht und Leitung gehört diesen Organen und werden in der Partei selbst von den übergeordneten Instanzen den Parteiorganisationen, allen Kommunisten überleitet.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist es notwendig geworden, in den Sowjets aller Ebenen Parteifraktionen und Parteiblocke zu bilden; im Rahmen der Beteiligung daran müssen sich die Kommunisten von dem Wunsch ihrer Wähler und den Programmzielen der KPdSU leiten lassen.

**Die Demokratisierung der Partei**

Die KPdSU kann ihre Rolle in der Gesellschaft nicht ohne tiefgreifende Demokratisierung der innerparteilichen Beziehungen verwirklichen.

Die KPdSU lehnt entschieden den demokratischen Zentralismus in der Art, in der er sich unter den Bedingungen des welsungsgelunden Leitungssystems herausgebildet hat, sowie die strenge Zentralisierung ab, verteidigt die demokratischen Prinzipien — die Wählbarkeit und Absetzbarkeit, Offenheit und Rechenschaftspflicht, die Unterordnung der Minderheit dem Beschluß der Mehrheit, das Recht der Minderheit auf die Verteidigung ihrer Ansichten, darunter auch in den Parteiorganen der Massenmedien.

Die Demokratisierung in der Partei setzt die Beteiligung aller Mitglieder und Strukturen an der Formierung der Politik der KPdSU mittels allgemeiner parteilicher und regionaler Diskussionen und Referenden voraus; das Recht einzelner Kommunisten und Gruppen, ihre Ansichten in Plattformen zum Ausdruck zu bringen; Kollektivität und Offenheit in der Arbeit sämtlicher Organe der Partei, Freiheit der Kritik. Die tiefgehende Umgestaltung der innerparteilichen Beziehungen und der Tätigkeit der Partei hat die Absicherung der demokratischen Einheit der Reihen der KPdSU, die Verhütung einer Fraktionsspaltung zum Ziel.

Ein wichtiges Moment der Erneuerung der KPdSU ist die Einbeziehung frischer Kräfte in ihre Reihen und die Verjüngung ihrer kadermäßigen Zusammensetzung.

Die Grundlage der KPdSU bilden ihre Grundorganisationen. Unter Berücksichtigung der konkreten Verhältnisse legen sie selbständig die Aufgaben und Formen ihrer Tätigkeit, die Struktur und die zahlenmäßige Stärke ihrer Organe und des Apparats, die Periodizität und die Ordnung der Durchführung von Versammlungen und politischen Aktionen fest und verfügen über das endgültige Recht der Aufnahme in die KPdSU. Die von ihnen im Rahmen der ihnen durch das Statut der KPdSU eingeräumten Vollmachten gefaßten Beschlüsse unterliegen nicht der Außerkräftsetzung durch höherstehende Organe.

Berichtigungen erfordert auch das territoriale und Produktionsprinzip des Parteaufbaus. Die Parteiorganisationen in den Produktions- und anderen Kollektiven behaltend, gilt es, unter Berücksichtigung der gestiegenen Bedeutung des Wahlkampfes an den Wählern das Akzent auf die Entfaltung starker, aktiver territorialer Grundorganisationen zu setzen. Das KPdSU-Mitglied hat das Recht auf die Wahl der Grundorganisation — der Produktions-, territorialen oder beider —, in der er Arbeit leisten wird. Es wird die Freiheit der Gestaltung auch der Tätigkeit horizontaler Strukturen wie Parteiklubs, Räte von Sekretären der Parteiorganisationen und anderer Vereinigungen nach Zwecks-, Berufs- und sonstigen Interessen abgesichert.

Der Parteitag erachtet es für falsch, den Kommunisten in der Armee, im Komitee für Staatssicherheit, im Ministerium für Inneres der Rechte auf Mitgliedschaft in der Partei und die Gründung von Parteiorganisationen als auch auf andere Formen der politischen Tätigkeit zu entziehen. Diese Organisationen müssen jedoch getrennt werden von den staatlichen Verwaltungsorganen, darunter auch von den militärpolitischen Organen, die die moralisch-politische Erziehung des Personalbestands der Streitkräfte des Ministeriums für Inneres und des Komitee für Staatssicherheit verwirklichen.

Der Parteitag spricht sich für direkte, in der Regel alternative, mit geheimer Abstimmung und mit freier Aufstellung von Kandidaten Wahlen der Sekretäre der Parteikomitees und Delegierten zu den Parteiforen aus. Die konkrete Ordnung der Wahlen wird von den Kommunisten festgelegt.

Demokratisch muß auch die Parteikontrolle werden. Das zentrale Organ und die Republik-, Regions-, Gebiets-, Kreis-, Stadt- und Rayonkontrollorgane werden selbständig gewählt, hängen nicht ab von den Parteikomitees und sind ausschließlich den sie gewählten Parteitagen und -konferenzen rechenschaftspflichtig.

Zur Lösung der gestellten Aufgaben bildet das wählbare Parteilorgan im Rahmen des Haushalts einen Apparat, der die Organisations- und Beratungsfunktionen ausübt.

**Die Selbstständigkeit und Einheit.** Im Laufe der Erneuerung der UdSSR muß die Selbstständigkeit der kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken abgesichert werden, die sie dialektisch mit der Einheit der Partei auf der Basis der grundlegenden Programm- und statumäßigen Prinzipien der KPdSU vereinen. Sie arbeiten eigene Programm- und Normativdokumente in Übereinstimmung mit denen die politischen, Organisations-, Kader-, Verlags-, Finanz- und Wirtschaftsfragen selbständig lösen, die Linie der Partei im Bereich des Staatsaufbaus, der sozialökonomischen und kulturellen Entwicklung der Republiken durchführen, Kontakte mit anderen, darunter auch ausländischen Parteien und Massenbewegungen pflegen. Die Führer der kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken gehören dem Politbüro des ZK der KPdSU an. Im Falle des Nichtverständnisses mit dem Beschluß der zentralen Leitungsorgane der Partei ist das ZK der kommunistischen Partei der Republik berechtigt, eine Erörterung der Frage auf dem Plenum des ZK der KPdSU oder auf einem vereinigten Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU zu fordern.

**Die Partei und die gesellschaftlichen Organisationen**

Die KPdSU strebt eine Zusammenarbeit mit sozialistisch orientierten Bewegungen und Organisationen, einen Dialog und eine gleichberechtigte Partnerschaft mit allen fortschrittlichen ideologisch-politischen Strömungen an. Die Partei ist zur Schaffung von politischen Blöcken mit ihnen bereit.

Die Mitglieder der KPdSU beteiligen sich an den Massenbewegungen, die im Rahmen des Gesetzes handeln. Die Partei hält aber für unzulässig die Mitgliedschaft der Kommunisten in anderen Parteien sowie in Organisationen, die Chauvinismus, Nationalismus, Rassismus und antisozialistische Ideen propagieren.

Die KPdSU wird die Wiedergeburt der Arbeiter- und Bauernbewegungen sowie die Entwicklung der gesellschaftlichen Aktivität der Intelligenz fördern.

Die KPdSU begrüßt die Erneuerung der Gewerkschaften und unterstützt deren Streben zum aktiven Handeln im Interesse der Werktätigen, zum Schutz deren Rechte und Freiheiten.

Die KPdSU betrachtet den Kosmos als eine selbständige gesellschaftlich-politische kommunistische Jugendorganisation und erwartet von ihr eine unvermittelbare Teilnahme an der Erarbeitung und Verwirklichung der Politik der Partei. Die Partei- und Kosmologorganisationen müssen es lernen, ihre Beziehungen als politische Verbündete aufzubauen. Man muß Verständnis für die Entstehung neuer Jugendorganisationen aufbringen, die Formung ihrer sozialistischen und gesamt-humanistischen Ausrichtung fördern und der Jugend das Gefühl des Mitbeteiligtseins am Schicksal des Volkes aneignen. Die KPdSU fordert alle ihre Organisationen auf, sich entschieden den Problemen der Jugend zuzuwenden. Das liegt auch im Interesse der Partei selbst: Ohne die Jugend hat sie keine Zukunft.

△

Das sind die ideologisch-theoretischen Positionen und politischen Ziele der KPdSU, durch die die Kommunisten, die Parteiorganisationen und die Parteilorgane sich in ihrer praktischen Arbeit bis zur Annahme des neuen Programms der KPdSU leiten lassen müssen. Der Parteitag rechnet damit, daß sie von allen demokratischen Kräften des Landes unterstützt werden, die sich für die Perestroika, für die Erneuerung unserer Gesellschaft einsetzen.



# PANORAMA

## Durchbruch

Im Blickfeld: Ergebnisse des Gipfeltreffens Gorbatschow — Kohl

Die Ergebnisse seiner Gespräche mit dem sowjetischen Staatspräsidenten Michail Gorbatschow betrachtet Bundeskanzler Helmut Kohl als „Durchbruch auf dem Weg zur Regelung der „äußeren Aspekte“ der deutschen Einheit. Vor der Presse in Bonn sagte der Kanzler am Dienstag, jetzt seien die Konturen einer künftigen europäischen Architektur „klar zu erkennen“. Mit den Ergebnissen der Gespräche seien „die praktischen Probleme, die auf dem Weg zur deutschen Einheit noch vor uns liegen, gelöst“. Deutschland habe jetzt „alle Chancen“, in relativ kurzer Zeit das Ziel der Vereinigung zu erreichen.

Der Bundeskanzler verwies darauf, daß er Gorbatschow den deutschen Wunsch deutlich gemacht habe, im westlichen Bündnis zu bleiben. Die Einheit Deutschlands und Europas, so Kohl, seien unauflöslich miteinander verbunden. Seine Erklärung, daß das vereinte Deutschland der NATO angehören wolle, entspreche auch dem Wunsch der DDR.

Kohl berichtete, daß er am Dienstag Morgen DDR-Ministerpräsident Lothar de Maiziere über das Ergebnis seiner Gespräche mit Gorbatschow unterrichtet habe. Er gehe davon aus, daß die DDR-Regierung die Vereinbarungen unterstützen werde.

Das Ergebnis der Gespräche Deutschlands auf Herstellung, Besitz und Verfügung über ABC-Waffen. Darüber hinaus forderte Meckel den Verzicht auf die Stationierung von ABC-Waffen. Dies liege im Sicherheitsinteresse der Deutschen und ihrer Nachbarn. Damit sehe sich Meckel in Übereinstimmung mit Gorbatschow, der im Ergebnis des Treffens feststellte, daß in Deutschland künftig keine A-Waffen und keine fremden Truppen mehr stationiert sein werden.

Die freien Demokraten haben das Ergebnis der Gespräche zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow als „einen großartigen Erfolg“ gewürdigt. Nach einer Präsidentsitzung erklärte der FDP-Vorsitzende, Otto Graf Lambsdorff, am Dienstag vor Journalisten in Bonn, der Gipfel habe „bahnbrechende Wirkung für das vereinte Deutschland und die zukünftigen deutsch-sowjetischen Beziehungen“. Die FDP sei „hochzufrieden“, weil mit diesen Vereinbarungen die größten Hindernisse zum Vollzug der deutschen Einheit beseitigt geräumt wurden.

Die Gesprächsergebnisse seien nicht zuletzt deshalb so positiv ausgefallen, „weil eine berechenbare, langfristig angelegte Außenpolitik“ von Walter Scheel und Hans-Dietrich Genscher dafür gesorgt habe, daß die Bundesrepublik stets den Dialog mit den Ländern Osteuropas vorangetrieben habe, unterstrich Lambsdorff. Der Durchbruch bei den deutsch-sowjetischen Gipfel sei „für das vereinte Deutschland nicht nur eine große Freude, sondern auch eine große Verpflichtung“.

Lambsdorff sprach sich dafür aus, umgehend alle Schritte zu prüfen, mit denen der Sowjetunion die Umstellung von Plan- zu marktwirtschaftlichen Strukturen erleichtert werden können.

In der CDU habe das Fazit der Verhandlungen von Gorbatschow und Kohl „Zustimmung und Freude ausgelöst“, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der DDR-CDU, Horst Korbell, am Dienstag. In kürzester Frist seien damit wesentliche Komponenten von Wahlausagen der Allianz für Deutschland aus der politischen Programmatik in die politische Realität überführt worden. Die jetzt im Kaukasus vereinbarte volle völkerrechtliche und bündnispolitische Souveränität des neuen Deutschland schaffe nunmehr auch den äußeren Rahmen für die endgültige Beendigung deutscher und europäischer Nachkriegsgeschichte.

Trotz der prinzipiellen Übereinstimmung gebe es weiterhin Unterschiede zwischen Bonn und Berlin. Diese betreffen vor allem die Regelung der künftigen Wehrverfassung. Auf dem Gebiet der heutigen DDR müsse es auch künftig eine Armee geben, die unter anderem eine eigene Struktur und einen unabhängigen Oberbefehl haben sollte. Die Landeswehr werde auch künftig nicht auf dem Territorium der heutigen DDR operieren können. Diese strittigen Fragen aber müßten von den Deutschen selbst im Einigungsvertrag geregelt werden.

Meckel begrüßte auch den Vorschlag, bei den Wiener Verhandlungen eine Verpflichtungserklärung für eine Truppenbegrenzung abzugeben. Damit greife die Bundesregierung auf einen alten Vorschlag der Regierung der DDR zurück. Eine geringere Anzahl als 370 000 Soldaten und eine schnellere Realisierung der Truppenminderung wäre sicherheitspolitisch angemessener gewesen. Weitere Reduzierungen schon im Rahmen der Wiener Folgeverhandlungen müßten nach Auffassung des DDR-Außenministers deshalb angestrebt werden. Begrüßt wurde vom Außenminister der DDR der Verzicht ei-

## Computer verhinderte Massenausbrüche aus australischen Gefängnissen

Ein von westaustralischen Gefängnisverwaltung entwickeltes Computerprogramm hat nach Angaben ihres Leiters, Ken Suttie, mindestens zwei geplante Massenausbrüche verhindert. Ursprünglich zur Erleichterung der Verwaltungsarbeit konzipiert, hat sich das Programm zu einem hervorragenden Sicherheitssystem entwickelt. Es erlaubt dem Personal der Haftanstalten verdächtige Wahrnehmungen, Gerüchte und Tips von Informanten einzugeben, die — zentral ausgewertet — ein zuverlässiges Bild über die Sicherheitslage in den 16 Gefängnissen und 18 Besserungs-

stätten des Bundesstaates Südaustralien ergeben.

In zwei Fällen konnten auf Grund der Computerdaten geplante Massenausbrüche durch geeignete vorbeugende Maßnahmen verhindert werden. „Wie Ken Suttie erklärt, haben die danach durchgeführten Untersuchungen ergeben, daß der Computer recht hatte.“

Zu den spektakulärsten Leistungen des Computers gehöre die Zerschlagung eines Rauschgift-rings in Perth. Obgleich die Drogenhändler außerhalb des Gefängnisses operierten, führten die in der Haftanstalt gesammelten Informationen zu ihrer Festnahme.

## Proteste gegen Radikalabbau im DDR-Sport

Gegen den Radikalabbau und die finanzielle Misere im DDR-Sport haben am Montag vielerorts hunderte Aktive und Trainer protestiert. Sie folgten der Aufforderung des Interessenverbandes der Trainer und Sportlehrer der DDR, die in allen Bezirksstädten zu Demonstrationen aufgerufen hatten.

Vor der „goldenen Pforte“ des Dresdener Rathauses sagte der zweifache Olympiasieger sowie Welt- und Europameister im legendären Dresdener Ruder-Vierer, Frank Röhle, „Jahrzehntlang haben wir an diesem Ort Sieger gebjubelt, heute geht es um die Zukunft des Sports“. Der Leistungs-sport gehe zum Jahresabschluss dem Ende zu. Viele Trainer stünden dann auf der Straße. Besonders betroffen von den Kürzungen seien auch die jüngeren Sportler, die wegen Trainermangels nun aufhören müssen. „Wer diese Talente jetzt fallen läßt, der organisiert Olympiade 2000 für den Rest der Welt“, sagte Heinz Hübner, einst Trainer von Siebenkampf-Weltmeisterin Romona Rauf-Neubert. Wer bei Olympiade künftig erfolgreich an den Start gehen wolle, müsse jetzt in den Nachwuchs investieren.



Republik Südafrika. Die ersten Schritte der Regierung de Klerks zur Liberalisierung des Regimes in der Republik Südafrika passen den weißen nationalistischen Bewegungen nicht. Sie werden von Vertretern äußerster Rechtsgruppierungen angeleitet. Eine von ihnen, die Afrikaandergruppierung, ist neonazistische Ausrichtung. Bald nach der Befreiung Nelson Mandelas erklärte deren Führer Terriblanch die Kommunisten, Schwarzen, Juden und... die Regierung de Klerks als seine Feinde. Heute kann man am Denkmal P. Krügers (in den Jahren 1883 bis 1902 Präsident der Burenrepublik Transvaal) in Pretoria, dem Symbol der Afrikaander, die Anhänger des Weiterbestehens des Apartheid-Systems sehen. Auf Kundgebungen tauchen immer öfter äußerst extremistische Losungen auf, die zur Rettung des Regimes, zur Vernichtung der Führer des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) und sogar zum Sturz der Regierung aufrufen. Diese Maßnahmen sind darauf gerichtet, die weiße Bevölkerung des Landes gegen die demokratischen Umgestaltungen zu stimmen. Bei den Nationalisten sind Wort und Tat eins. Ihrer Meinung nach muß jede weiße Familie, die sich als Nachfolger der Buren hält, es verstehen, sich schützen zu können. Ungefähr 12 000 Menschen besitzen verschiedene Waffen und werden in gut konspirierten Lagern ausgebildet. Unter Leitung erfahrener Instrukteure werden ihnen Selbstschutz und Scheibenschießen beigebracht.

Unter Bild: Am Denkmal P. Krügers in Pretoria. Unter dieser Fahne der südafrikanischen Neonazis mit dem an ein Hakenkreuz erinnernden Symbol vereinen sich alle ultrarechten militärisch organisierten Gruppierungen. Foto: TASS

## Vorwahlen in der Mongolei

Sechs Bewerber für einen Sitz im Parlament

Nach fast 70jähriger Alleinherrschaft der MRVP können die wahlberechtigten Mongolen am kommenden Sonntag erstmalig Volksvertreter aller Ebenen aus sechs Parteien wählen. Als ob der zu 93,5 Prozent aus Kommunisten bestehende Große Volkshural (GVH) es vorausgesehen hätte: Er beschloß im März ein Wahlgesetz, das einen Vorwahlgang vorsieht, bei dem in jedem Wahlkreis die jeweils beiden aussichtsreichsten Bewerber für ein Mandat herausgefiltert werden sollen. Für die 430 Mandate sind nämlich über 2 400 Kandidaten nominiert worden. Doch die Masse täuscht: Nur etwa 350 Kandidaten werden von den fünf neuen Parteien getragen, und von diesen wiederum nur 90 in den Provinzkreisen, die mehr als zwei Drittel der Parlamentssitze erhalten. Diese Parteien, von denen keine älter als ein halbes Jahr ist, konnten allerdings ihre Strukturen in dem großen Land noch nicht bis in den letzten Winkel aufbauen. In 44 GVH-Wahlkreisen können die Vorwahlen ausfallen, denn hier wurde kein zweiter Kandidat aufgestellt.

GVH gibt es 140 Bewerber, für 17 Mandate im Stadtparlament 130, und in einigen der 54 Stimmbezirke für den Stadtbezirkshural stehen über 20 Namen auf dem Wahlschein.

Der Wahlkreis 23 dieses Stadtbezirks hält laut Gurragschaaden Rekord: 67 Bürger wählten ins Parlament. Sieben von ihnen gehören der Mongolischen Demokratischen Partei (MDP) und drei der Mongolischen Sozialdemokratischen Partei (MSDP) an. National-Progressive (NFP), Grüne und Partei der Freien Arbeit (PFA) haben hier nicht nominiert. Die MRVP schickte 44 ins Rennen. Die restlichen 13 gehören zwar keiner Partei an, doch dürfen sie vorwiegend den gesellschaftlichen Organisationen zuzurechnen sein, die sich wie die Gewerkschaften mit dem sozialökonomischen Entwicklungsprogramm der Kommunisten solidarisch erklärt oder gar eine Koalition mit der MRVP angesagt haben. Zu diesen Organisationen gehören der Revolutionäre Jugendverband, der Frauenbund, der Journalistenverband, der Bund der Viehzüchter und Ackerbauern, der Naturschutzbund und der Veteranenbund. Wenn sich am 22. Juli mindestens 66,7 Prozent der Wähler an diesem Urnengang beteiligen, kommen die zwei mit den meisten Stimmen auf den Wahlschein am 29. Juli. Werden die zwei Drittel nicht erreicht, wird der Vorwahlgang wiederholt.

Wieviele Menschen sich um einen Platz in den Bezirks-, Stadtbezirks- und Kreisparlamenten um ein Mandat bemühen, ist noch nicht bekannt. Im Arbeiterstadtbezirk von Ulan-Bator legte Bürgermeister Lodoin Odowambuu für ADN folgende Verhältnisse offen: Für sieben Sitze im

## Genscher: Abrüstung soll Dritter Welt zugute kommen

Zu einer wesentlichen Aufstockung ihrer Entwicklungshilfe hat die deutsche Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher die Industriestaaten aufgefordert. Vor der Presse in Bonn sagte Genscher: „Die Abrüstungsdiskussion durch die Entspannung zwischen Ost und West muß jetzt dazu eingesetzt werden, um gefährliche Spannungen zwischen Nord und Süd zu verhindern und unsere gemeinsame Lebensgrundlage zu schützen.“ Anlaß war die Verleihung der „CARE-Nadel in Gold“ an den Bundesaußenminister. Genscher leitet das Kuratorium von CARE-Deutschland, das vor zehn Jahren als deutsche Sektion des amerikanischen Hilfswerkes gegründet wurde.

Deutschland vor allem aus privaten Spenden. Diese werden durch Zuschüsse der Bundesregierung, von Landesregierungen und von der EG-Kommission ergänzt. Die Entwicklungshilfe umfasst Projekte der gesundheitlichen Basisversorgung, der Wasserversorgung, Ernährung, Aus- und Fortbildung sowie Vorhaben der sozialen und wirtschaftlichen Strukturhilfe. Außerdem leistet CARE-Deutschland Hilfe bei Katastrophen und Flüchtlingsproblemen. 1989 wurden rund neun Millionen DM eingesetzt. Seit der Gründung vor zehn Jahren hat

die deutsche Sektion von CARE insgesamt 60 Millionen DM für die Not- und Entwicklungshilfe mobilisiert.

Bespielt hat die Vorsitzende von CARE-Deutschland und Vizepräsident von CARE-International, Klaus Nöldner, die Projekte im afrikanischen Staat Ruanda. Dort hat CARE-Deutschland Gesundheitszentren errichtet, durch den Aufbau einer Fischereigenossenschaft und Handwerksförderung wirtschaftliche Strukturhilfe geleistet sowie mit erheblichem Aufwand die Trinkwasserversorgung im ländlichen

Bereich verbessert. Auch in Guatemala und im Tschad wurde mit dem Bau neuer Brunnen und Wasserversorgungssysteme geholfen. Der medizinischen Grundversorgung dient umfangreiche Impfprogramme und die Fortbildung des medizinischen Personals in mehreren Ländern.

Einem Wunsch der vietnamesischen Regierung folgend, wollen die CARE-Organisationen aus Deutschland und Australien im Laufe dieses Jahres in Hanoi eine CARE-Mission einrichten und mit der Unterstützung von regionalen Entwicklungsprogrammen in Vietnam beginnen. Rund 2,6 Millionen DM gab CARE-Deutschland im letzten Jahr für Soforthilfe und Katastrophenhilfe aus. Schwerpunkt war dabei die Flüchtlingshilfe in Äthiopien und im Sudan. Den Erdbebenopfern in Armenien wurden rund 30 000 CARE-Pakete mit Nahrungsmitteln geliefert. Kurt ZENKER

Unser Bild: Entwicklungs- und Katastrophenhilfe betreibt die Hilfsorganisation CARE-Deutschland seit zehn Jahren in vielen Ländern der Dritten Welt. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (links), der sich als Kuratoriumsvorsitzender für das Hilfswerk stark engagiert, wurde vom Vorsitzenden der Organisation, Klaus Nöldner, mit der „CARE-Nadel in Gold“ ausgezeichnet. Foto: Jürgen Pätow

Von August 1946 bis 1960 hatte die amerikanische CARE-Organisation der unter den Folgen des Zweiten Weltkrieges leidenden deutschen Bevölkerung mit 9,5 Millionen CARE-Paketen mit Nahrungsmitteln sowie mit Handwerkszeug und Gütern des täglichen Bedarfs geholfen. Aus Dankbarkeit für die selbst empfangene Hilfe in den schweren Nachkriegsjahren gründeten 1981 deutsche Bürger „CARE-Deutschland“. Diese Organisation hilft jetzt Menschen, die in Ländern der Dritten Welt in Armut leben oder die Opfer von Katastrophen, Krieg und Vertreibung wurden. Die finanziellen Mittel für die Hilfsprogramme erhält CARE



## Grüne fordern sicheren C-Waffen-Abzug

Die Grünen haben die Bundesregierung aufgefordert, den geplanten Abzug der amerikanischen Chemiewaffen wegen der mangelnden Sicherheitsvorkehrungen auszusetzen. Die Regierung solle die Vernichtung des gefährlichen Nervengases so sicher wie möglich und nicht so schnell wie möglich bewerkstelligen, sagte die sicherheitspolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion, Angelika Beer, in Bonn. So werden anstelle von Spezialcontainern für den Transport von Nervengas einfache Container der US-Armee benutzt, kritisierte Frau Beer. Die Zwischenlagerung der Waffen sei unter freiem Himmel oder in dafür ungeeigneten Hallen im rheinland-pfälzischen Miesau und in Nordenham vorgesehen. Bedenklich sei, daß weder Zeitpunkt noch die genaue Streckenführung für den Abtransport bekannt seien. So habe die Bevölkerung keine Chance, sich darauf einzurichten.

Die C-Waffen sollen von kom-

mender Woche an vom pfälzischen Clausen bei Pirmasens aus zunächst auf der Straße und dann per Schiene zum Hafen Nordenham transportiert werden. Von dort gelangen sie per Schiff zur Verbrennung zum Johnston-Atoll im Pazifik.

Eine Klärgemeinschaft von Anwohnern der mutmaßlichen Transportstrecke reichte am Montag beim Verwaltungsgericht Köln einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung ein, mit der sie den Abzug unter unzureichenden Sicherheitsvorkehrungen verhindern will. Die Klärgenossen gehen nach Angaben ihres Rechtsanwalts Günter Urbanczyk davon aus, daß die betroffene Bevölkerung durch den Abtransport so großen Gefahren ausgesetzt werde, daß „von einem Eingriff in das Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit ausgegangen werden muß“. Er hoffe noch in dieser Woche auf eine Entscheidung des Gerichts.

## In wenigen Zeilen

JOHANNESBURG. Südafrikanische Polizei hat nach eigenen Angaben weiße Extremisten verhaftet. Um weitere Ermittlungen nicht zu erschweren, wurden nähere Einzelheiten nicht mitgeteilt.

In jüngster Vergangenheit hatten die Gegner jeder Reform

des Apartheidsystems mobilgemacht: Bomben waren in Behörden, Wohnungen liberaler Politiker und Zeitungen sowie öffentlichen Einrichtungen explodiert. Bei einem derartigen Anschlag auf eine Busstation in Johannesburg waren am vergangenen Freitag 27 Schwarze verletzt worden. Der Afrikanische Nationalkongress (ANC) von Südafrika hatte deshalb alle weiteren Gespräche mit der Regierung abgesagt.

## Brahms oder Chopin zur Mittagszeit

Wenn in den Theatern und den großen Konzertsälen von Brüssel die Sommerpause beginnt, öffnet sich eine für gewöhnlich außerhalb der Aufmerksamkeit stehende kleine Kirche der Musik. Die „Eglise des Saints Jean et Etienne aux Minimes“, etwas im touristischen Schatten des wuchtigen Justizpalastes und der ehrwürdigen Kirche „Notre Dame du Sablon“ gelegen, lädt im Juli und August täglich zu klassischer Musik oder Jazz.

ren ganze zehn Leute in der Kirche. Am zweiten Tag der nächste Schlag: Einer jungen Musikerin hatte man die Oboe gestohlen. Eine Woche später jedoch hatte sich das neue Ereignis herumgesprochen — es kamen schon über 200 Zuhörer. Da wußten wir, daß wir weitermachen können“, sagt Martine Dumont von „Opus 3“. Das bislang letzte Konzert im August 1988 (im vergangenen Jahr wurde die Kirche renoviert) bestätigte endgültig die Etablierung des Festivals: Man hatte neben dem beehrten „Orchestre des Jeunes“ der französischen Gemeinschaft Belgiens auch erste Preisträger des hochrangigen Königin-Elisabeth-Wettbewerb gewinnen können. Für die bevorstehende Saison sind Klavierkonzerte mit Werken von Brahms, Chopin und Rachmaninow geplant, Musik der Renaissance wird zu hören sein sowie Kompositionen von Händel, Schumann, Bach und Telemann. An den August-Montagen wird in der Kirche gejazzt und mittwochs können die ganz jungen Talente Konzertatmosphäre ausprobieren, wie 1986 die fünfjährige Laurence Lardot. Auch 1990 ist die kleine Pianistin dabei, mit Werken von Bartok und Mozart. Da das Festival durch verschiedene Geldgeber wie kommunale Einrichtungen und private Mäzene finanziell gefördert wird, konnte bis heute auf einen festen Eintrittspreis verzichtet werden. Wer möchte, steckt ein Obolus in den Sammeltopf am Eingang.

Der nach den Plänen des Italieners Palladio im XVII. Jahrhundert entstandene Barockbau ist heute ein sorgsam restauriertes Gotteshaus. Jacques van der Bles, Vikar der umliegenden Minoritengemeinde, hat mit Jahrelanger Geduld und originellen Ideen die zum Erhalt des architektonischen Kleinods notwendigen finanziellen Mittel aufzutreiben können. Um möglichst viele Menschen in sein Haus zu holen, machte er aus der Brüsseler Sommer-Kulturturn eine Tugend für die Minoritenkirche: In Zusammenarbeit mit der Konzertagentur „Opus 3“, die sich besonders der Förderung junger Talente widmet, entstand das „Festival des Minimes“. Mid bedeutet mittags und steht für den Konzertbeginn täglich 12 Uhr. Minimes bezieht sich auf die Dauer von nur 30 bis 45 Minuten.

Der unkonventionelle Vikar erzählt vom aufregenden Beginn: Am 15. Juni 1986 stand das erste Programm, eine Woche später wurde die Presse informiert — und zum Auftaktkonzert wa-

## „Besuche mich“ —

Alternative für unerschwingliche Betriebsferienlager in Polen

Eine neue Form des Ferientausches hat das polnische Volksbildungsministerium in diesem Jahr aus der Taufe gehoben. Unter dem Motto „Besuch mich“ sollen Familien aus den verschiedenen Regionen des Landes gegenseitig ihre Kinder für einige Wochen „austauschen“ und ihnen somit einen Klima- und Ortswechsel ermöglichen. Um möglichst viele Familien an dieser kostengünstigen Form der Ferientage für ihren Nachwuchs zu beteiligen, wurde beim Ministerium eine spezielle Informationsbank eingerichtet.

Das Ministerium reagierte damit rasch auf die Tatsache, daß ein Platz in einem Kinderferienlager für die meisten polnischen Familien unerschwinglich geworden ist. Mit 700 000 bis 800 000 Zloty kostet ein solcher etwa einen Durchschnittsverdienst eines Arbeiters in der staatlichen Industrie. Noch im vergangenen Jahr hatten die Betriebe aus ihren Sozialfonds 70 bis 75 Prozent der Kosten übernommen. Nach Inkrafttreten des Reformprogramms der Regierung Mazowiecki zur Inflationsbekämpfung und Marktanpassung der Wirtschaft ist es damit nun vorbei. So sind die meisten Betriebe und Einrichtungen in diesem Jahr bereits gezwungen, nahezu kostendeckende Gebühren für Kinderferienlager zu erheben. Vor dem Hintergrund der Politik des knappen Geldes und verteuertem Kredite sowie der damit aufgekommene starken Rezession haben die Betriebszuwendungen nur symbolischen Charakter.

Selbst die ob ihrer relativ erschwinglichen Preise und des sehr naturverbundenen Charakters so beliebten Lager der auf Schul- und Territorialebene strukturierten Pfadfinderorganisationen verbuchen in diesem Jahr rund 100 000 weniger Interessenten als im vorigen. Nahezu leere Haushaltskassen in den Kommunen gestatten kaum noch Beihilfen. Mit etwa 50 Milliarden Zloty Zuschüssen will das Volksbildungsministerium wenigstens den Kindern von Arbeitslosen, aus kinderreichen Familien sowie aus den ökologisch am meisten bedrohten Gegenden Polens einen solchen Lageraufenthalt ermöglichen.

Von einem Ferientageplatz im Ausland kann ohnehin nur noch eine Elite träumen. So sind von den einst 150 000 Jungen und Mädchen, die im Rahmen des staatlichen Kinder- und Jugendaustausches in die DDR führen, nach bilateralen Vereinbarungen noch für 25 000 in diesem Jahr Ferien im Nachbarland in Aussicht gestellt. Selbst diese Zahl wird nach Ansicht Warschaws im Lichte der Umstellung auf die D-Mark nicht erreicht werden. Auch Alternativprojekte zum staatlichen Austausch sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Für die überwiegende Mehrheit der rund 6,7 Millionen Schulkinder bleiben deshalb oft neben einem Besuch bei den Großeltern nur noch die örtlichen Ferientage „Sommer in der Stadt“, Wohngebietsklubs, Kulturhäuser und Schulhorte haben sich gemeinsam mit Partnern wie Freibädern, Museen, Kinos und Rummelpätzen darauf vorbereitet und bieten außer der Betreuung auch eine warme Mahlzeit.

Die Auswahl „Panorama“ wurde aus den Materialien der TASS und ADN vorbereitet.

# Freundschaft



## Preisträger des Tschaikowski-Wettbewerbs

Die erste Goldmedaille des Tschaikowski-Wettbewerbs auf dem Gebiet des Gelgenpiels brachte der japanischen Musikschule die 18jährige Akiko Suwanai (Bild links). Der Cellist aus der BRD Gustav Riwi-

nus (Bild mitte) wurde auf dem neunten internationalen Tschaikowski-Wettbewerb der ersten Prämie und der Goldmedaille gewürdigt. So eine Entscheidung fasste die Juri mit dem bekanntesten sowjetischen Musiker Daniel Schiffrin an der Spitze.

Die Goldmedaille und den ersten Preis des Tschaikowski-Wettbewerbs erhielt der sowjetische Pianist Boris Beresowski (Bild rechts). Die Silbermedaille und die zweite Prämie wurde auch dem sowjetischen Pianisten Wladimir Mischtschuk verliehen. Die drei Bronzerauszeichnungen teilten Cavin Kenner (USA), Johann Schmidt (Belgien) und Anton Mordassow (UdSSR). Fotos: TASS

Für eine gesunde Lebensweise

## Der Sport vereint

Die jungen Arbeiter des Werks für Stahlbetonkonstruktionen von Zelnograd versammelten sich neulich auf dem Sportplatz am Ufer des Ischim zu einem attraktiven Sportfest. Den Gesichtern der jungen Leute, die sich da versammelt hatten, konnte man ablesen, daß sie hier nicht auf Befehl, sondern nach ihrem inneren Trieb erschienen waren. Alle lachten und scherzten fröhlich. Beim Sportinstrukteur Alexander Nowikow erfuhr ich, daß hier in paar Minuten das Ablegen der Normativen des GTO-Komplexes beginnen soll.

Wir wohnen da nicht weit im Arbeiterheim und kommen oft, nach der Arbeitsschicht hierher, um uns sportlich zu erüchtigen", erklärte Alexander. „Und heute werden wir ernst anpacken, denn die Resultate gehen dann ins Sportkomitee und wir werden

entsprechende Sportabzeichen bekommen.“

Alexander lächelte schelmisch dabei, und ich merkte, daß dies nicht Selbstzweck für die jungen Arbeiter war. Vielmehr ging es ihnen um das Zusammensein außerhalb des Betriebs, um die inhaltsreiche und fröhliche Freizeitgestaltung selbst. Die Sportabzeichen waren da nur ein aufmunterndes Attribut ihrer Lieblingsbeschäftigung. So deutete ich das Lächeln der Jungen und Mädchen. Und das ist richtig so. Nicht wegen hohen Leistungen und wertvollen Auszeichnungen hatten sie sich hier versammelt, ihnen machte es einfach Spaß, Sport zu treiben, an Wettkämpfen teilzunehmen, miteinander zu verkehren.

Sport macht gesund — von der Weisheit dieser Worte konnte ich mich hier nochmals überzeugen, indem ich die jungen

Leute im Wettkampf beobachtete. Geschickt und leicht maßen sie sich im Schnellauf, Granatwerfen und Wetsprung. Bemerkenswert war, daß die meisten der anwesenden Jungen und Mädchen die Anforderungen für Abzeichen in Gold des GTO-Komplexes erreichten. Also nicht umsonst sind sie „Stammgäste“ dieses Sportplatzes. Unter den besten waren Nikolaus Beck, Viktor Pankratow, Jershan Shakupow, Nina Koshine, Alija Makenowa, um nur einige zu nennen.

Und noch hinter eine Weisheit kam ich da erneut. Außerdem fand ich hier aufs neue bestätigt, daß der Sport die Leute vereint. Mir schien es oft, daß ich bei einer großen, einträchtigen, kinderreichen Familie zu Besuch bin, so freundlich und zuvorkommend waren alle zueinander. Igor Kornellin hat sogar seinen sicheren Sieg auf der 200m-Strecke auf-

geopfert, um seinen Freund Nurlan zu helfen, der während des Laufens gestolpert und beinahe gefallen war. Igor hielt etwas zurück und half Nurlan auf den Beinen zu bleiben, verlor aber dabei die nötigen Sekunden. Er bedauerte dies aber nicht, nach dem Zielband umarmten sie sich und gingen lächelnd zum anderen Start.

Ob sie durch dieses Rennen nicht müde werden und morgen nicht in vollem Umfang ihre Arbeit erfüllen können, wollte ich wissen. Diese Frage rief unter den Jungen und Mädchen einen lauten Protest hervor. Manche schauten auf mich verwundert, und ich mußte zugeben, daß meine Frage provokatorisch war. „Nach den Sportbeschäftigungen — gewiß, wenn sie regelmäßig stattfinden — fühlen wir solchen Aufschwung aller Kräfte, daß wir mehrere Schichten hintereinander arbeiten könnten“, brüstete sich Nurlan. Und ich glaube das diesen Burschen und Mädchen, denn in ihren Augen sah ich Lebenslust und Begeisterung.

Alexander DIETE, Korrespondent der „Freundschaft“

Zelnograd

Für den Philatelisten

## Lederstrumpf und Wildtöter



Im vergangenen Jahr haben wir den 200. Geburtstag des amerikanischen Schriftstellers James Fenimore Cooper begangen, und aus diesem Anlaß hat das Zentrum für Herausgabe von Postwertzeichen eine Briefmarkenserie zu Themen der bekannten Romane des Schriftstellers, den sogenannten Lederstrumpfzählungen, in Auftrag gegeben. Diese Themen wurden zum ersten Mal auf sowjetischen Briefmarken behandelt. Die einzelnen Marken zum Nominalwert von 20 Kopeken sind den Romanen „Der

Wildtöter“, „Die Ansiedler“, „Die Prärie“, „Der letzte der Mohikaner“ und „Der Pfadfinder“ gewidmet, die allesamt dem Lebensweg des Waldläufers und Trappers Natty Bumppo verfolgen. Die Lederstrumpf-Romane wurden immer und immer wieder gelesen, ihr Held wurde von Millionen Menschen zum Inbegriff eines ehrlichen, freiheitsliebenden, kompromißlosen Kämpfers für die Wahrheit.

Die Zeichnungen für die Postwertzeichen fertigte der Künstler A. K. Jazkewitsch an.

## Feierlichkeiten

### im Dreifaltigkeits-Sergius-Kloster

Unter den Festtagen, an denen die russisch-orthodoxe Kirche ihrer Heiligen gedenkt, tut sich der Sergius-Tag (18. Juli) hervor. Davon konnten sich ohne weiteres alle überzeugen, die am Mittwoch das Dreifaltigkeits-Sergius-Kloster nördlich Moskau aufsuchten. Dieses Mönchskloster wurde 1337 von Sergius von Radonesch, einem hervorragenden religiösen Würdenträger und Politiker des alten Rußlands, gegründet.

Der Jahrhundertealten Tradition folgend, suchten Tausende Wallfahrer das Dreifaltigkeitskloster auf und wohnten dem Gottesdienst bei, der im Freien auf dem großen Kathedralenplatz feierlich wurde. Am Mittwoch wie auch am Vorabend des Festes wurden die Gottesdienste in der Dreifaltigkeits- und der Mariä Himmelfahrtskathedrale von Patriarch Alexi von Moskau und ganz Rußland abgehalten. In den anderen Kirchen wurden die Gottes-

dienste von Mitgliedern der Heiligen Synode — Metropolit Filaret von Kiew und Galizien, Metropolit Filaret von Minsk und Grodno, Metropolit Juwenalij von Krutzy und Kolomna, Exarchenpatriarch von ganz Belorußland und anderen Mitgliedern der Heiligen Synode — abgehalten. Ihnen standen dabei Erzpriester aus mehr als 40 Eparchien der russisch-orthodoxen Kirche und Geistliche aus dem Dreifaltigkeits-Sergius-Kloster zur Seite.

Zu den Feierlichkeiten war das Oberhaupt der amerikanischen-orthodoxen Kirche, Erzbischof von Washington und Metropolit von ganz Amerika und Kanada Feodosij gekommen. Er nahm an den Gottesdiensten teil. In den Kirchen sangen die Chöre, die sich aus Mönchen des Klosters und Studenten der geistlichen Schulen zusammensetzten, welche auf dem Territorium des Klosters bestehen. (TASS)

## Neues aus Wissenschaft und Technik

### Anti-AIDS-Präparat entwickelt

Ein sowjetisches Wissenschaftlerteam hat ein neues Präparat gegen AIDS — einen Toxin-Rezeptor — entwickelt. Der Mitarbeiter des Laboratoriums für Molekularbiologie und bioorganische Chemie der Moskauer Universität Boris Mednikow teilte in einem Zeitungsinterview mit, daß er einstweilen keine hundertprozentige Garantie für die Heilung von AIDS geben könne. Er bürge trotzdem für 80 bis 90 Prozent. „Schon jetzt kann man bei der periodischen Abtötung der aktiven Virusform im Blut das Leben des Patienten uneingeschränkt verlängern. Unser Team hofft, in anderthalb Jahren eine Methode zu entwickeln, nach der auch die latente AIDS-Form kuriert werden kann.“

Unter den Autoren des Präparats sind Molekularbiologen, Genetiker, Virologen, Physiker, Mathematiker und Chemiker, die unentgeltlich in der arbeitsfreien Zeit arbeiten.

Zum Unterschied zu westlichen Wissenschaftlern, die gleichfalls ein Arzneimittel entwickelt haben, das auf metaboliischen (aus dem Stoffwechsel entstehenden) Giftstoffen basiert und nur infizierte Zellen vernichtet, doch gegen das ausgereifte Virus machtlos ist, hätten die sowjetischen Wissenschaftler auf die Membran-Toxine gesetzt. „Sie machen Jagd nach AIDS, wobei sie ohne weiteres die Höllen zerstören, mit denen sich die Viren wie mit Panzern verdecken, und die Viren vernichten.“ Das Kollektiv werde noch rund drei Jahre brauchen, um eine Versuchsproduktion von Reagenzien und Toxin-Rezeptoren anzufahren, teilte der Wissenschaftler weiter mit.

Boris Mednikow erhob eine ganze Reihe von Forderungen an das Ministerium für Gesundheitswesen der UdSSR, die nicht nur nicht hilft, sondern die Forschungsarbeiten vielmehr bremst. Das Kollektiv sei bereit, daß seine Arbeit von einer unabhängigen kompetenten Kommission unter Heranziehung westlicher Spezialisten eingeschätzt wird. Er sprach sich ferner für die Bildung eines Sonderkomitees für AIDS-Bekämpfung in der UdSSR aus, da die offiziellen Angaben, wonach es in der UdSSR nur über 500 Personen mit dem HIV-Virus infiziert seien, einfach unseriös sind. Nach Ansicht des Wissenschaftlers gibt es im Lande nach vorsichtigen Schätzungen mindestens 20 000 Infizierte.

### Auf die Perspektive abgezielt

Die Grundlage des Programms der Konversion in der Flugzeugindustrie muß die Priorität beim Bau von Zivilflugzeugen sein. Dieser Auffassung sind Fachleute des Ministeriums der Flugzeugindustrie der UdSSR. Sie stellen heute gemeinsam mit Wirtschaftsexperten aus dem Forschungsinstitut für Wirtschaft des Ministeriums für Flugzeugindustrie ein perspektivisches Programm für Entwicklung der Konversion in diesem wichtigen Zweig der Industrie auf. Eine bedeutende Rolle spielt hierbei nach ihrer Auffassung die internationale Zusammenarbeit sowie die Flugzeugproduktion gemeinsam mit den führenden Flugzeugbauunternehmen der Welt.

Alexander Batkow, Leiter der Hauptverwaltung für perspektivische Entwicklungen auf dem Gebiet des Flugzeugbaus des Ministeriums für Flugzeugindustrie der UdSSR, sagte in einem TASS-Gespräch: „Im Ergebnis einer mangelhaften wissenschaftlichen Begründung des Übergangs zur Reduzierung der Kampftechnik sind fast um ein Viertel die Mittel für Forschung auf dem Gebiet des Flugzeugbaus reduziert worden. Zugleich hat man die Pläne für die Produktion der sogenannten nicht-zweigtypischen Erzeugnisse sowie von Massenbedarfartikeln beträchtlich erhöht.“

In diesem Zusammenhang stellte Alexander Batkow fest, daß in den Vereinigten Staaten sowie in

wärtig Arbeiten zur Schaffung einer neuen Generation von Flugzeugen, solcher wie etwa der B-2-Maschine vom Typ Steals, des taktischen „unsichtbaren“ Flugzeuges vom Typ F-117 geleistet werden. Angesichts dieser Situation sei es nach den Worten von Batkow wahrscheinlich notwendig auch in der UdSSR die Entwicklung perspektivischer Kampftechnik fortzusetzen und sogar unter den Verhältnissen der Konversion, die Priorität der perspektivischen Forschungsarbeiten auch auf diesem Gebiet zu gewährleisten.“

Wie der Leiter der Hauptabteilung weiter ausführte, verfügt der sowjetische Flugzeugbau über fortschrittliche Technologien sowie über einen beträchtlichen wissenschaftlichen Vorrat für die Entwicklung neuer Arten von Flugzeugtechnik. Als Beispiel dafür nannte er die Passagierflugzeuge neuer Generation mit geringem Treibstoffaufwand vom Typ Il-96-300, Tu-204, die Kurzstreckenmaschine Tu-334, das von Gas angetriebene Flugzeug Tu-155 sowie Hubschrauber verschiedener Bestimmung. Viele dieser Arbeiten wurden auf den jüngsten Luftfahrtsalons gezeigt und fanden Interesse bei Vertretern ausländischer Flugzeugbauern und Fluggesellschaften. Gerade darauf sei denn auch zurückzuführen, daß das Konstruktionsbüro des Ministeriums für Flugzeugindustrie in letzter Zeit nicht wenig interessante Angebote für Zusammenarbeit bekommt.

### Erkenntnisse über Information zwischen Zellen

Zellen im lebenden Organismus übermitteln gegenseitige Information mit Hilfe von Lichtsignalen.

Die Wissenschaftler stimulierten Zellkulturen mit Laserstrahlen. Danach kapselten sie Zellen so ab, daß die mit Laser bestrahlten Zellen nicht „sehen“ konnten, wie die Kontrollzellen hinter der undurchsichtigen Trennwand angeordnet sind. Andere Zellkulturen wurden so angeordnet, daß sie mit den angestrahlten Zellen unter Umgehung der Trennwand mit Hilfe eines Spiegels verkehren konnten. Diejenigen Zellen, die ihre Nachbarn sehen konnten und dabei nicht im Bereich des Strahls lagen, erhöhten jedesmal ihre Aktivität, während diejenigen, die hinter der Trennwand lagen, auf ihrem früheren Niveau verharren.

„Außer dem optischen Kanal gab es für die Zellen keine andere Möglichkeit, Informationen zu übermitteln“, erklärte der Staatspreisträger der UdSSR Wassili Mostownikow. „Indem wir sie zwangen, mit Hilfe verschiedener Lichtfilter zu verkehren, überzeugten wir uns, daß „Gespräche“ nur im sichtbaren Teil des Spektrums geführt wurden. Man kann daraus den Schluß ziehen, daß das Tages- oder elektrische Licht die Informationsübertragung nicht zu stören vermag.“

„Die Lichtverbindung erklärt in vielem die erstaunliche Fähigkeit der Zellen, ihre inneren chemischen Reaktionen zu koordinieren. Im Verlaufe einer Sekunde kommt es in jeder Zelle zu rund einer Million solchen Reaktionen. Außer den bekannten regulierenden Systemen muß offenbar noch ein anderes existieren, welches das schwache Lichtsignal verstärkt. Ebenso haben wir Grund anzunehmen, daß die Sprache der Quantensignale als Mittel der Verständigung nicht nur zwischen den Zellen, sondern auch zwischen den Organismen dient.“

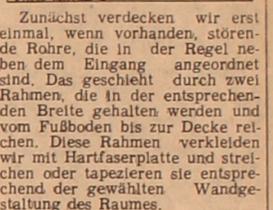
Unter Veränderung der Charakteristika des Lasersignals konnten die Wissenschaftler nötige Reaktionen der Zellenkulturen erreichen. Es gelang ihnen unter Ausnutzung eines Lichts zweier verschiedener Wellen, ein steuerndes Signal zu berechnen, das in den Zellen eine Welle der Aktivität hervorruft, die die Reaktion auf eine gewöhnliche Laserstrahlung bei weitem übersteigt. Dieser Effekt wurde von den Moskauer Medizinern bereits genutzt, anderen NATO-Ländern gegenum viele schwere Krankheiten zu heilen.

## Praktische Ratschläge

### Toter Raum gut genutzt

In vielen Wohnungen enden die Korridore ein ganzes Stück hinter den letzten, seitwärts angeordneten Türen. Vornehmlich in einer Reihe von Neubautypen wird dieser Abschnitt durch eine Trennwand mit einer Tür vom übrigen Flur abgeteilt. Nebenräume nennt man solche Kammern. Sie müssen aber durchaus nicht zum Dornröschenschlaf verurteilt werden. Vielfach wird solch ein Wohnungsblinddarm als Abstellraum verwendet, und das oft im wahren Sinne des Wortes. Warum sollte man jedoch nicht das Nützliche mit einem angenehmen Äußerem verbinden und dieses Korridorstück, entsprehen ausgebaut, sowohl zum Abstellen diverser Gegenstände als auch zum verdeckten Kleiderablagerraum, der auch für Besucher zugänglich ist, gestalten?

Wenn man sich dazu durchgerungen hat, muß man zunächst erst einmal Maß nehmen. Als Variante haben wir in unserem Fall folgende Maße genommen: 140cm hoch, 180cm lang und 250cm breit. Die Tür von 80cm Breite ist genau in der Mitte angeordnet.



Zunächst verdecken wir erst einmal, wenn vorhanden, störende Rohre, die in der Regel neben dem Eingang angeordnet sind. Das geschieht durch zwei Rahmen, die in der entsprechenden Breite gehalten werden und vom Fußboden bis zur Decke reichen. Diese Rahmen verkleiden wir mit Hartfaserplatte und streichen oder tapazieren sie entsprechend der gewählten Wandgestaltung des Raumes. Als nächstes machen wir uns an den Ausbau des rückwärtigen Teiles im Raum sowie des seitlich angeordneten Deckenregals. Dazu bauen wir erst einmal zwei Rahmen von 60cm Breite und 190cm Höhe. Diese bestehen aus 2cm starken und 6 bis 8cm breiten Leisten, die an den Verbindungsstellen übereinandergelappt werden. Zur größeren Stabilität versehen wir die Rahmen, außer den äußeren, noch mit wenigstens drei Querstreben. Der eine der beiden Rahmen wird auf die in die Wand eingebrachten Plattendübel in der hinteren Ecke eingeschraubt, der andere mit 50 bis 60cm breiten Einlegeböden (die beiderseits auf Trageleisten ruhen, welche an den Innenseiten der Rahmen angeschraubt wurden) fest verbunden. So erhalten wir ein schrankartiges Teil zur Aufbewahrung der verschiedensten Gegenstände und gleichzeitig die Eckstütze für die Eckenregale. (Diese kann man auch als Hängeböden bezeichnen.)

Nach dem größeren freien Raum zu wird unser Regalstück an der seitlichen Zimmerwand, eine Halterung angebracht, in der ein Rundholzstück oder eine Metallröhre als Aufhängevorrichtung für Mäntel und Kleider Platz findet. Die Hängeböden werden folgenderweise angeordnet: Der hintere findet eine Auflage. Links auf dem Regal und rechts auf einer in die Wand eingedübelten starken Leiste. Er besteht aus dicht aneinandergelagerten und mit Nägeln festgehefteten Brettern (etwa 2cm stark). Der linke Hängeboden (etwa 35 bis 40cm tief) wird in gleicher Weise gebaut, wobei die Bretter auf einer Leiste an der Türwand Auflage finden. Hinten werden sie über die Bretter des Querhängebodens bis zur Rückwand gelegt. Von unten sollte man diese Böden gleichfalls mit Hartfaserplatte verkleiden. An der Decke und unterhalb des Querhängebodens werden Bretter mit Schleudervorrichtung für Vorhänge angebracht und Bleiden davongegenagelt. Als Flurgardero befingerten drei in die Wand eingedübelte Querbretter, auf die wir vertikal angeordnete aufschrauben und sie mit Kleideraufhängern versehen. Das Ganze wird oben mit einem Querbrett für Mützen und Hüte abgedeckt. Auf der gegenüberliegenden Seite bringen wir einen Spiegel an der Wand an, und darunter kommt ein in Kastenform gestaltetes kleines Regal als Ablage. Darüber kann man eine Leuchtstoffröhre installieren, die den ganzen Raum erhellt.

### Tintenflecke auf Papier

Sie werden mit verdünntem Eau de Javelle bzw. verdünntem Wasserstoffperoxid unter Zusatz einiger Tropfen Salmiakgeist bestrichen. Auch Zitronensäure kann versucht werden. Geltinge die Behandlung mit einem Chemikalien nicht, versucht man mit Oxalsäure oder Kleesäure. Zwischendurch saugt man gut ab und tupft zuletzt etwas Wasser auf. Starkes Reiben muß natürlich vermieden werden.

### Stellvertreter

#### Chefredakteur Jakob NERNER

Michail ORLOW, Jurist  
Gebiet Ostkasachstan

Rechtsskundige haben das Wort

## Liebe und Geld

Die ganze Geschichte begann mit der Ehescheidung. Die Eheleute hatten etwas mehr als zwei Jahre zusammen verlobt. Es ist schwer, die Ursachen der Scheidung festzustellen. Wo liegt diese Grenze, hinter der die Entfremdung von Menschen beginnt, die sich noch vor kurzem gut waren? Eine kategorische Antwort zu geben, wer recht habe und wer schuld sei — das ist manchmal nicht mehr möglich. Die einen nehmen die Sache als Verlust und etwas Unabwendbares hin und bewahren dabei Menschenwürde. Andere aber... Andrej und Tatjana gehören wahrscheinlich zu diesen anderen. Hier einige Auszüge aus ihrer Ehescheidungsakte.

Andrej: Meine Frau ist streitsüchtig, beleidigt mich; sie wohnt jetzt bei ihrer Mutter und verbreitet Lügen über unsere Ehe. Tatjana: Mein Mann ist grob, den Lohn behält er für sich, er hilft mir auch nicht bei der Hausarbeit.

die Aussagen von Andrejs Mutter Taissija Michailowna. Sie werde den Richtern sicher sagen, daß es keinen Grund gebe für eine Ehescheidung! Nehmt Verurteilung an, Kinder, ihr habt doch ein kleines Kind!

So etwa könnte sie sagen. Doch weit gefehlt. Taissija Michailowna war nicht zur Gerichtsverhandlung erschienen, auch hatte niemand an das Schicksal der kleinen Annuschka, der Tochter von Andrej und Tatjana, gedacht. Das Gericht faßte den Entschluß, die Ehe aufzulösen. Es erübrigt sich, die Frage nach der Rechtmäßigkeit dieser Entscheidung zu stellen. Die Richter wissen es besser, heißt es ja. Um so mehr, als die Klägerin und auch der Verklagte das Urteil gutließen und keine Berufung einlegten. Besondere Besorgnis ruft folgendes hervor: Nach der Gerichtsverhandlung begann zwischen den ehemaligen Eheleuten ein regelrechter Krieg. Tatjana beantragte beim Gericht den

Zwangstausch der Wohnung und Andrej die Vermögensteilung. Es ist bedrückend, daß Menschen, die sich noch vor kurzem nah und teuer waren, jetzt alle ihre gegenseitigen Kräfte aufboten, um festzustellen, wer was und wieviel schuldig sei.

Vielleicht sind die Gründe des Ehestreits gerade hier zu suchen? Vielleicht mußten die Gefühle gerade unter dem Druck solcher gegenseitigen Rechnungen scheitern? Wenn man aufgrund der Gerichtssache die Familienbeziehungen von Andrej und Tatjana verfolgt, kann man sehen, daß sie die Liebe nur als eine Art Anhängsel zu ihren materiellen Plänen auffaßten, die nicht nur die Liebe selbst, sondern auch die Interessen der zwölfjährigen Annuschka verdrängten. Das bezeugen nicht nur die Rechtsstreite zwischen Andrej und Tatjana, sondern auch die Beschwerde von Taissija Michailowna beim Obersten Gericht der Republik. Sie macht sich keine Gedanken über das tragische Schicksal der Familie des Sohnes, über das Schicksal der Enkelin. Ihr kommt es darauf an, von der ehemaligen Schwiegertochter 500 Rubel einzutreiben.

Was ist das Typische in der Gerichtssache dieser Familie? Oftmals suchen wir bei der Behand-

lung von Familienstreitfällen zu klären, wer von den Ehepartnern eine positive und wer eine negative Person sei, wer mehr Schuld trage und wer weniger verschuldet habe. Und machen uns keine Gedanken darüber, daß es den Kindern, die ohne Familie bleiben, am schlechtesten ergehe, so negativ der eine oder der andere auch sein mag. Bekanntlich verletzt nichts die Psyche der Kinder so stark wie Familienzwist. Wenn das Kind zerstreut, mürrisch, grob zu den Älteren ist und die Kameraden scheut, dann soll man die Ursachen vor allem in der Familie suchen.

A. Makarenko betonte: „Unsere Kinder — das sind die künftigen Bürger unserer Heimat... sie werden die Geschichte schaffen. Unsere Kinder — das sind die künftigen Väter und Mütter, sie werden auch Kinder erziehen. Unsere Kinder müssen als vortreffliche Bürger, gute Väter und Mütter aufwachsen. Aber auch das ist noch nicht alles: Unsere Kinder — das ist unser glückliches Alter. Schlechte Erziehung — ist unser künftiger Kummer, sind unsere Tränen, ist unsere Schuld gegenüber den anderen Menschen, dem ganzen Land!“

### Unsere Anschrift:

Kazachskaja SSR, 480044, Alma-Ata, ul. M. Gornjogo, 50, 4-й этаж



Vorzimmer des Chefredakteurs — 33-42-69, stellvertretende Chefredakteure — 33-92-91, 33-38-53; Redaktionsskribler — 33-37-77, Sekretariat — 33-34-37; Abteilungen: Ideologische Massenarbeit — 33-38-69, 33-38-04; Ökonomik — 33-35-09; Wirtschaftsinformation — 33-25-02; Volksbildung — 33-37-62; Kultur — 33-43-84; Leserbriele — 33-48-29, 33-33-96; 33-32-33; Literatur — 33-38-80; Stilredaktion — 33-45-56; Übersetzungsbüro — 33-26-62; Schreibbüro — 33-25-87; Korrektoren — 33-92-84. Unsere Korrespondentenbüros: Dshambul — 5-19-02; Kustanal — 5-34-40; Pawlodar — 46-88-33; Petropawlowsk — 6-53-62; Zelnograd — 2-84-49.

### «ФРОЙНДШАФТ» ИНДЕКС 65414

Выходит ежедневно, кроме воскресенья и понедельника

Ордена Трудового Красного Знамени типография Издательства ЦК Компартии Казахстана 480044, пр. Ленина, 2/4

Газета отпечатана офсетным способом

Объем 2 печатных листа

M 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

P 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

УТ 01181 Заказ 11980